

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postämter und Buch-
handlungen des In- u. Auslandes.

Post-Expeditionen.
New-York: Soc. Democ. Genossen-
schaftsbücherei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: F. Doh, 430 North
2nd Street.
J. Bell, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: G. K. Sarge, 215 Wash-
ington Str.
Chicago: H. Ranfmann, 74 Clybourne Ave.
San Francisco: G. Weg, 418 O'Farrell Str.
London W.: G. Seng, 8 New Str.
Golden Square.

Durch Nacht zum Licht!

Seid nur drab zu jeder Stunde
Niemand hat euch etwas an,
Einer dieser Lumpenhande
Wird vom Andern abgethan!
Goethe.

Es giebt Worte, welche die herrschende Richtung eines ganzen Jahrhunderts charakterisiren, indem sie die leitende Idee desselben gewissermaßen verkörpern; für den Eingeweihten sind solche Worte Bignetten der Weltgeschichte und die einfachsten Commentare kulturgeschichtlicher Gemälde.

So entrollt uns das Wörtchen: „Canossa“ ein Tableau, das in der Gestalt eines blühenden Kaisers gegenüber einem anmaßenden Pfaffen die damalige Zeitrichtung auf's Schlagendste kennzeichnet und einer weiteren Beleuchtung nicht bedarf; so begegnet die Bezeichnung: „Reaktion“ einem allseitigen Verständnis und ist als Ausdruck einer rückläufigen politischen Bewegung allgemein anerkannt und wie wir — wenn von „Blut- und Eisenpolitik“ die Rede — auch unwillkürlich an Blut und Eisen denken müssen, so drängt sich uns bei den unsterblichen Namen Bismarck, Krupp, Stroußberg u. s. w. eine Fluth von Reflexionen auf, denen wir an dieser Stelle nicht Ausdruck geben wollen, um den Entwurf des Sozialistengesetzes nicht noch um eine — unbegreiflicherweise bisher noch der Berücksichtigung entgangene — Verbesserung zu bereichern, welche dem Gesetz nicht nur sofortige, sondern rückwirkende Kraft gäbe.

Ein solches Stichwort in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit ist auch das so tödtlich gebaute und bitter verleumdete, so inhaltschwere und dabei so unschuldige Wörtchen: Sozialdemokratie. Wie durch die kriegerischen Erfolge des Karthagenischen Feldherrn Hannibal in den Kämpfen mit Rom der bloße Name desselben zum Schreckwort für die römische Jugend geworden war und der mütterliche Zuruf: „Hannibal ante portas!“ sich den kleinen Schreihälsen gegenüber von wunderbarer Wirkung erwies, so ist auch das Wort „Sozialdemokrat“ zum allgemeinen Schreckmittel geworden, da die gegnerische Presse ihre Thätigkeit auf die geniale Interpretation dieses Wortes — als einzige Handhabe zur Discreditirung unsrer Partei — zu concentriren für gut fand.

Wo die Begriffe fehlen,
Da stellt ein Wort zu rechter Zeit sich ein!
(Goethe.)

Wer Gelegenheit gehabt, Definitionen der Sozialdemokratie zu hören, wie sie anlässlich der Attentate in vielen Kreisen gang und gäbe waren, der mußte — wenn ununterrichtet — vor der bodenlosen Niederträchtigkeit zurückschauern, als deren Inbegriff die obige Bezeichnung galt. Der Unterrichtete kann nur staunen über die beispiellose Unverschämtheit, mit der die reaktionäre und die mit ihr zu „Schutz und Truh“ verbündete national-liberale Presse sich bemüht hat, dem wahren Begriff der sozialdemokratischen Idee die Zwangsjacke ihrer corrupten, theils aus Unverständnis, theils aus übelwollender Gesinnung entsprungenen Anschauungen anzulegen und die Träger dieser Idee als Landstrassenritter, Hochverräther und Königsmörder zu brandmarken. Nach der Commentirung der reichstreuen Wiederwärtler und Consorten gefährden unsere Prinzipien die persönliche Sicherheit und verneinen das Eigenthumsrecht; die Organisation eines sozialdemokratischen Staates wäre die Organisation des Nordes und des Diebstahls und unsere Devise auf blutrother Fahne sei: „La bourse ou la vie!“ Indem uns so die gegnerische Presse unser Nebenbuhler im Spiegel zeigt und uns von der Verwerflichkeit unserer Bestrebungen wohlmeinend unterrichtet, beschuldigt sie uns — man höre und staune — der Verwirrung der Gemüther!!

In solchem Wahnsinn liegt nicht einmal Methode, denn daß Caricaturen wie die obigen nur bei einem seitens ihrer Autoren selbst ausgebildeten Cultus der Begriffsverwirrung ihr Dasein zu fristen vermögen, leuchtet dem Unbefangenen ein; diese Fanatisirung des Volkes gegen das Volk führt erfahrungsmäßig nicht bloss zur „Verwirrung der Gemüther“, sondern zu den unheilvollsten Erzeugnissen gegen politische Andersdenkende.

Als eine herrliche Frucht solcher Begriffsverwirrung erscheint auch der geniale § 1 des Ausnahmengesetzes, welcher, bei der Schwierigkeit, speziell irgend eine Operation der Sozialdemokratie als strafbar zu motiviren, der freien Auslegung unbegrenzten Spielraum einräumt, die thatsächlichen Kriterien einer im Sinne des Gesetzes strafbaren Handlung von vornherein der Diskussion entzieht und so die hereinfolgende Anwendbarkeit dieses Allerweltsparagraphen in's Unendliche ausdehnt.

Welches Urtheil bildet sich nun bei vorurtheilsfreier Prüfung unserer Grundzüge und unbefangener Uebersicht unseres bisherigen Entwicklungsganges?

Berdolmetschen wir zunächst das Wort Sozialdemokratie, dessen erster Bestandtheil: sozial sich aus dem Lateinischen herleitet und in deutscher Uebersetzung Alles das bezeichnet, was auf die bürgerliche Gesellschaft Bezug hat und dessen zweiter Theil ursprünglich der griechischen Sprache angehört. Demokratie, abgeleitet von demos = Volk und krates = herrschen, heißt wörtlich Volksherrschaft und bezeichnet diejenige Staatsform, bei welcher das Volk die Staatsgewalt ausübt. Man unterscheidet zwei demokratische Systeme: das absolute, bei welchem die Gesamtheit des Volks seine öffentlichen Angelegenheiten durch unmittelbare Ausübung des Stimmrechts entscheidet und das repräsentative System, bei welchem das allgemeine Stimmrecht sich nur auf die Bildung eines oder mehrerer gesetzgebender und verwaltender Körper erstreckt. Die Demokratie

erstreckt die Gleichberechtigung aller Klassen zur Ausübung der politischen Rechte; die Sozialdemokratie insbesondere zu dem Zweck, um dem Sozialismus die Wege zu ebnen, d. h. eine allgemeine gesellschaftliche Gleichstellung herbeizuführen, die Abhängigkeit des Proletariats von der bestehenden Klasse aufzuheben und die Arbeit von dem Druck des Kapitals zu befreien! Und das nicht durch Proklamirung der rothen Commune, sondern durch Wort und Schrift, durch unmittelbar persönliche Einwirkung, durch schriftstellerische Propaganda, und durch parlamentarische Wirksamkeit!

Welcher Grund hätte nun wohl die sozialistenfeindliche Presse bewegen können, diese Intentionen unserer Partei geflissentlich zu verzerren, wenn nicht die lebhafteste Besorgniß, daß die Sozialdemokratie sich eine ihr unbequeme Nachstellung erringt? Und woher stammt diese Besorgniß anders als aus der — wenn auch zähneknirschend verschwiegenen — eigenen Ueberzeugung, daß die unumstößliche Wahrheit der sozialdemokratischen Grundprinzipien diesen eine gerechtfertigte Nachstellung gewährleistet?

Prüfen wir jetzt noch, wie sich die Mehrzahl des Volkes den sozialpolitischen Theorien und unserer Partei-Propaganda gegenüberstellt.

Zunächst tritt uns auf politischem Gebiete in den Vertretern des Feudal- alias Junker-Systems und auf sozialem Gebiete in den wandelnden Selbstäden und mit unseren Idealen natürlich kollidirenden Interessen der Bourgeoisie eine mächtige Opposition entgegen. Diejenigen Faktoren, welche außer der in das öffentliche, wie in das Privatleben tief einschneidenden Pression von Seiten der Regierung und des Kapitals der Verbreitung unserer Ideen sonst noch vorzugsweise hemmend entgegenwirken, glauben wir zutreffend als Unwissenheit in Verbindung mit persönlicher Ueberhebung, als Aberglauben an die liberale Presse und als gänzliche politische Indifferenz bezeichnen zu können.

Viele brüsten sich mit einem — meistens auf sehr schwacher Grundlage ruhenden und nur um politisch nicht als grundlos zu gelten — cultivirten Urtheil und lassen sich von dem Sogel ihrer eingebildeten intellectuellen Ueberlegenheit zu einem Meinungsaustausch durch Diskussion grundsätzlich nicht herab. Sie mögen wohl wissen, warum. Es ist ihnen nicht daran gelegen, Proseliten ihrer eigenen Anschauungen zu machen, und sie vermögen es auch nicht. Im Besitz einiger tönenden stereotypen Schlagwörter, die für sie einen höheren Werth haben als ganze politische Encyclopäden und die sie vorkommenden Falls einem politischen Gegner unversehens auf die Brust legen, sehen sie auf die Sozialdemokratie mit theatralisch nasierimpfendem Air herab. Fi dono! Sozialdemokrat ist ihnen ein Jeder, der sich nicht durch parfumirte Glatzschmucke und weiße Weste als Mensch legitimirt. „Was kann aus Nazareth Gutes kommen?“ Eine Bewegung, welche aus den Volksmassen hervorgegangen ist und von Männern des Volks geleitet wird, verdient keinen Anspruch auf Beachtung; wie wäre dies auch wohl gegenüber den Trägern vielgebrudter und vielgelesener Namen und demnach vermeintlichen Autoritäten möglich!

Es mag hier eine kleine Anekdote Platz finden, welche für den allgemeinen Gang, Autoritäten auf jede Bedingung hin zu ins Feld zu führen, einen charakteristischen Beleg liefert:

Ein junger talentvoller Musiker executirte in einer Gesellschaft von Musikern eine seiner Compositionen. Das Urtheil der vermeintlichen Kenner darüber lautete mit Rücksicht auf das bescheidene Auftreten des jungen Componisten ziemlich abfällig, wenn auch der conventionellen Höflichkeit-Form die bei solchen Gelegenheiten üblichen Jugestäudnisse gemacht wurden. Hierauf bat der junge Mann um die Erlaubniß, eine neue, noch nicht herausgegebene Sonate von Beethoven vortragen zu dürfen, was ihm mit Entzücken gestattet wurde. Die andächtigste Aufmerksamkeit begleitete den Vortrag und stürmischer, nicht endenwollender Applaus brach nach den Schlussaccorden los. Doch erfuhr der allgemeine Enthusiasmus eine erhebliche Abkühlung, als der Künstler erklärte, daß die erste Biöce von Beethoven, die letztere dagegen seine eigene Composition sei.

So ist auch bei der Colportage einer großen, ja weltbewegenden Wahrheit der Sozialdemokrat schlecht accreditirt; ein mit „Eichenlaub und Schwertern“ decorirter oder sonst in Knopfloch-Bierden machender auf seinen Lorbeeren ruhender Wirklicher Weheimer Hofrath, dessen Stammbaum vielleicht bis auf Bileams Esel zurückreicht, würde wohl besseren Abzats für sein Nachwerk finden.

Mais revenons à nos moutons!*) Die vorbezeichnete Kategorie unserer Widersacher dürfen wir getrost ihrem Schicksal und dem Amt des Lehrmeisters der Erfahrung überlassen. Diese letztere wird unserer Agitation auch in Bezug auf diejenigen erheblich zu Hülfe kommen, welche den Nahrungsstoff für ihren holden Freiheitsdunst aus nationalliberalen Blättern schöpfen und welche das Grabgeläute des sogenannten Liberalismus über kurz oder lang aus ihren Träumen wecken wird; sie werden dann den Weg zu unseren Prinzipien finden!

Die obengedachte offene und in großer Majorität uns gegenüberstehende Opposition jedoch werden wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen, sei es auch unter den scheinbar ungünstigsten Verhältnissen; wie weder der Elefant des Königs Pyrrhus noch sein Gold auf den Römer Fabricius einzuwirken vermochten, so werden auch uns die Drohungen unserer Feinde, wie ihre Lockungen unempfindlich finden. Wir werden nicht eher ruhen, bis das Endziel unserer Bestrebungen erreicht ist, d. h. bis eine auf gleichmäßige Vertheilung der Arbeit und des Erwerbs gegründete Reorganisation der Gesellschaft stattge-

funden und dem Anspruch eines Jeden auf menschenwürdige Existenz in humaner Weise Rechnung getragen hat, bis der Paria nicht mehr durch den Fluch seiner Geburt dem Elend und der Verzweiflung in die Arme getrieben wird, sondern körperlich und geistig seines Lebens froh werden kann, bis der Ruf des Proletariats: „Et ego in Arcadia!“ nicht mehr zum Himmel schreit sondern auf Erden Gehör findet!

Ein Agitator für unsere Ideen giebt es, der von furchtbarer Wirksamkeit; wir wollen ihn jedoch nicht heraufbeschwören! Es ist der Hunger, die Noth in ihrer höchsten Potenz. Wer aller Warnungen ungeachtet die Agitation dieser Gewalt herbeiführt, mit dem wird er fürchterliche Abrechnung halten! —

Wir richten nun — mag das Ausnahmengesetz in der beachtlichen Fassung in Kraft treten oder nicht — an jeden Parteigenossen die dringende Aufforderung uns in Bezug auf den oben gleichfalls berücksichtigten, bisher noch politisch indifferent gebliebenen Theil der Bevölkerung in der Agitation nach Kräften zu unterstützen. Bei so Manchem, dessen Anlagen ein nicht unfruchtbares Feld für die Arbeit des freien Gedankens bieten würden, herrscht in politischer Beziehung völlige Gleichgültigkeit; er stellt sich außer dem Kampf der Parteien und sucht ihn zu ignoriren; er fröhnt seiner Denkfaulheit, der ihn ein Wort zu rechter Zeit und an rechter Stelle, ein geeigneter Hinweis auf unser Programm entziehen kann.

Der individuellen Beurtheilung in jedem einzelnen Fall muß natürlich anbeimgegeben werden, inwieweit und in welchen Fällen der gegenseitige persönliche Verkehr zur Grundlage der Agitation gemacht werden darf, ohne die eigene Sicherheit zu gefährden; wir bauen aber fest auf das — selbst von unseren Gegnern anerkannte und hervorgehobene — solidarische Zusammenhalten der Parteigenossen und erwarten, daß die möglicherweise hereinbrechende Katastrophe Jeden auf seinen Posten finden wird:

Zu Reich' und Glied!

Sozialpolitische Uebersicht.

Berlin, 16. September.

Also heut ist der denkwürdige Tag, wo die Lösung des großen Problems: eine weltgeschichtliche Bewegung durch ein Stückchen Papier aus der Welt zu schaffen, in Angriff genommen werden soll. Das wunderbare Schauspiel, oder richtiger: das Schauspiel des auf die Tagesordnung gesetzten Wunders zieht große Schaaren Neugieriger nach dem Parlamentstheater, dessen Bretter auch eine Welt bedeuten, aber eine recht langweilige. Zu Fuß und zu Wagen kommen sie heran — Zuschauer und Akteure; um 11 Uhr, wo der Vorhang sich offiziell erheben soll, ist das Gedränge vor dem Reichstagsgebäude am Lebhaftesten: es regnet ein wenig und das Asphaltpflaster ist dadurch so glatt geworden, daß die Pferde ausgleiten — im Moment wo es 11 schlägt, liegen drei Droschkensperde am Boden, und ebensoviele verunglückte Reichsboten vermögen nur durch läbne Evolutionen sich aus dem „allgemeinen Umsturz“ zu retten, den ein römischer Augur sicherlich für ein recht böses Omen (Vorzeichen) gehalten hätte.

Omen oder Nicht-Omen: die Vorstellung beginnt zu beginnen. Punkt 11 nimmt Jordanbed nebst dem Bureau seinen Platz ein, der Reichstag ist noch ziemlich leer, die meisten Mitglieder gehen, eifrig redend, im Vorfaal auf und ab. Auf den Regierungs- und Bundesrathsbänken sind sichtbar: Eulenburg junior, der seinen neulichen Durchfall gut zu machen, und Graf Stollberg-Berningerode, der „Vizekanzler“, der sich seine parlamentarischen Sporen zu verdienen hat. Doch vergeblich wird ER gesucht. Der Telegraph hatte doch SEINE Perleunst angekündigt, und daß die Sozialdemokraten böse „Entfällungen“ in petto hatten, war ein Geheimniß, das die Späßen von den Dächern pfffen. Also ER glänzte durch Abwesenheit. Schlimm! Wir werden wohl viel zu Gähnen haben.

Das akademische Viertel ist verstrichen: Jordanbed eröffnet die Sitzung und ertheilt nach Erledigung der üblichen Formalien und Mittheilungen dem Herrn Vice-Bismarck das Wort. Dieser erhebt sich unter gespanntester Aufmerksamkeit des Hauses und „redet“ genau 4 Minuten und 7 Sekunden, wobei er das Kunststück fertig bringt, absolut nichts zu sagen und doch stehen zu bleiben. Des Reichskanzlers homines novi (neue Männer) scheinen sämmtlich zum Durchfall prädestinirt zu sein. Habeant sibi!

Selbst der lokale Reichensperger, der nach dem verunglückten „Graf Stellvertreter des Herrn Fürsten Reichskanzlers“ das Wort erhält, kann nicht umhin, sein Bestreben über diese abelangebrachte Schweigsamkeit auszubreiten. Sonst reitet Herr Reichensperger sein altes Stedenpferdchen: Gegen den Sozialismus, dieses „Gemisch von humanitären Aspirationen und zügellosen Bestrebungen“ ist mit Gewalt nichts auszurichten; der Staat ist ohnmächtig, da kann nur das Christenthum, wie die Kirche helfen. Eine Umkehr Derer, die an der Spitze stehen und in falsche Bahnen eingelenkt haben, ist nothwendig; wenn es nicht geschieht, steht uns in Deutschland ein „Zukunftssozialismus bevor, gegen den die Pariser Commune eine Ahlle war.“ Nachdem er diese schreckliche Prophezeiung von sich gegeben, erklärt Redner bescheiden, er wolle nicht prophezeien, woraus doch erhellt, daß er selbst seine Prophezeiung nicht ernst nimmt. Nun, wir wollen ihn nicht beschämen und nehmen sie ebenfalls nicht ernst.

Redner zeigt jetzt, wie unlogisch das ganze Gesez ist. Es

*) Hannibal ist vor den Thoren!
**) Die Biöce oder das Leben!

*) Wörtlich: Aber kommen wir auf unsere Hämmel zurück! (Französisches Sprichwort) dem Sinne nach: Kommen wir wieder zur Sache!

*) „Ach ich bin in Arcadien geboren!“ (Gedicht von Schiller.) Arcadien, als die blühendste Landschaft des alten Hellas hier gewissermaßen mit unferem „Paradies“ zu identificiren.

richtet sich angeblich gegen die Sozialdemokratie, das sozialistische Gift werde aber von vielen anderen als Sozialdemokraten verbreitet: von Kathedersozialisten, Staatssozialisten, ja von der Fortschrittspartei und dem gesammten Liberalismus, dessen consequenter Ausläufer ja bloß der Sozialismus sei. Alle diese Richtungen unbehelligt lassen und die Sozialdemokratie kuebeln wollen, das heiße eine Mündung verstopfen, die schädliche Fluth aber durch viele andere Oeffnungen frei ausströmen lassen. Zu seinem Befremden habe er bei Gelegenheit der Debatte über das Hölzelgesetz von einem conservativen Mitglied des Hauses (Herr Bethusy-Huc) die Aeußerung gehört, die Christlich-Sozialen seien mindestens ebenso schlimm, wie die Sozialdemokraten. Das verräthe eine vollständige Unkenntniß des wahren Sachverhalts: nur durch das Christenthum sei die soziale Frage zu lösen.

Nach Reichensperger, der etwa dreiviertel Stunden spricht, geht der deutschconservative Herr von Helldorf auf die Tribüne, der in halbständiger Rede den höchst überflüssigen Beweis zu liefern sich abmüht, daß er und seine Gefinnungsgenossen schon vor dem Nobiling-Attentat gerade so reaktionär gewesen, wie nach demselben. Außerdem führt er noch, mit vollständigem Erfolg, den zweiten Beweis, daß er von der Sozialdemokratie und deren Gesichte und Inhalt nicht das Mindeste versteht und nicht einmal die Anlagen zu den „Motiven“ des „Ausnahmegesetzes“ verbaut hat. Zum Schluß bringt Herr von Helldorf noch einige obligate Tiraden gegen das allgemeine Wahlrecht, das bei der letzten Wahl von — Sozialdemokraten mißbraucht worden sei, eine Entdeckung, der das Epitheton „genial“ nicht versagt werden kann.

Bebel erhält nun das Wort; er knüpft zunächst an die Bemerkungen des Vorredners über das Allgemeine Wahlrecht und die letzten Wahlen an und führt aus, daß der Mißbrauch des Allgemeinen Wahlrechts von den reaktionären Parteien, nicht aber von der Sozialdemokratie verübt worden sei. Dann, in die Sache eintretend, verlangt er die Beweise für die, dem Ausnahmegesetz zu Grunde liegende Behauptung, daß die Attentäter Nobiling und Lehmann-Hölzel Sozialdemokraten gewesen seien und als Sozialdemokraten die Attentate begangen hätten. Als die Nachricht von dem zweiten Attentat nach Leipzig gelangt sei, habe er (Redner) sich gesagt: Nun, diesen kann man uns doch nicht an die Köpfe hängen. Und doch ist es geschehen. Eine Depesche, welche die Signatur „offiziell“ trug, stempelte Nobiling zum Sozialdemokraten und das Attentat zu einem politischen. Nun hat sich aber seitdem ergeben, daß Nobiling vom Moment seiner Gefangennahme bis zu seinem Tod nicht einen Augenblick vernunftfähig gewesen ist. Wie erklärt sich dieser Widerspruch? Wer ist der Urheber jener Depesche, die ein infames Attentat auf die Sozialdemokratie war. Man schaffe die Protokolle. Das Haus hat das nämliche Recht sie zu fordern, wie am Freitag das auf die Katastrophe des „Großen Kurfürst“ bezügliche Material.

Redner kommt nun auf die Beziehungen Bismarck's und der preussischen Regierung zur Sozialdemokratie. Noch ehe Lassalle austrat, 1862 bot ein gewisser Eickler im Namen Bismarck's einem Leipziger Arbeitercomité eine bedeutende Geldsumme — bis zu 40,000 Thlr. — für Produktivassoziationen, unter der Bedingung, daß die Arbeiter die Bismarck'sche Politik unterstützen. Natürlich wurde das Anerbieten abgelehnt, und Herr Eickler hat seitdem in der Berliner Polizei einen Unterschlupf gefunden. Lassalle trat auf. Bismarck wandte sich an ihn (nicht Lassalle an Bismarck). Verschiedene Annäherungsversuche, bei denen ein königlicher Prinz als erster Vermittler austrat, wurden von Lassalle zurückgewiesen, bis dieser endlich, durch positive Concessionen bewogen, sich zu Unterredungen mit Herrn v. Bismarck entschloß. Es fanden zahlreiche Conferenzen im Winter 1863 auf 64 statt, in denen sich Bismarck verpflichtete, das Allgemeine direkte Wahlrecht zu oktroyiren und sein Möglichstes zur Lösung der Arbeiterfrage im Sinn des Lassalle'schen Vorschlages zu thun.

Um jene Zeit wurde im Auftrag des Herrn v. Bismarck die berühmte Schlesische Weberdeputation inscenirt, wobei Hr. v. Wagener eine Hauptrolle spielte. Hr. v. Bismarck versprach der Deputation kräftige Maßregeln zur Hebung des Elends. Der Staat habe die Pflicht, die Lösung der Arbeiterfrage in die Hand zu nehmen; schade nur, daß so wenig Verständnis vorhanden sei. „Meine (Bismarck's) Geheimräthe verstanden durch die Bank nichts von der Arbeiterfrage.“

Die Deputation hatte eine Audienz beim König, der sie gnädig empfing und Hilfe versprach. Eine Geldsumme zur Gründung einer Webergenossenschaft wurde sofort gegeben; die Genossenschaft (in Schlesien) ging bekanntlich zu Grunde, jedoch nicht durch die Schuld der Arbeiter, sondern durch die

ungeheuermächtige Verwaltung des überwachenden Landraths, der das schlechteste Rohmaterial beschaffte und die höchsten Preise für die Waaren ansetzte.

Lassalle brach 1864 die Unterhandlungen mit Bismarck ab, weil er ihm die Arbeiterbewegung nicht in die Hand liefern wollte. Nach Lassalle's Tod wurde aber — unter Dammer und Schweitzer — der Allgemeine deutsche Arbeiterverein politisch benutzt und speziel für die Vorbereitung des Krieges von 1866 und für die Verwirklichung des preussischen Kleindeutschlands gebraucht.

Folgen dann weitere (bekannte) Details über das Verhältniß Schweitzer's zur preussischen Regierung; die Ausstoßung desselben aus dem „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“; das Anerbieten Bucher's an Marx, das Verhältniß Bucher's zu Bismarck; die Anerbietungen des Braß an Liebknecht u. s. w.

Und dieser Mann verfolgt jetzt die Sozialdemokratie als „Staatsgefährlich“? —

Wer bürgt den Liberalen dafür, daß Fürst Bismarck nicht wieder einen sozialistischen Rückfall bekommt? Ja, ist nicht sein Reichseisenbahn-Projekt, sein Tabakmonopol-Projekt eminent sozialistisch?

Was nun das Ausnahmegesetz selbst angeht, so ist es schon deshalb ein Un Ding, weil der Begriff „Untergrabung“ sich absolut nicht definiren läßt. Wenn ein Mann, wie der Abgeordnete Behrenspennig, den Normalarbeitstag, der in vielen Staaten bereits gesetzliche Institution ist, für eine sozialistische Forderung hält, die ergo staatsgefährlich ist, was ist da erst von Polizeibeamten zu erwarten, die doch nicht die wissenschaftliche Bildung eines Behrenspennig haben. Es würde einfach Alles unterdrückt, was der Polizei sozialistisch schein, und sozialistisch werde ihr Alles scheinen, was ihr nicht gefalle. Uebrigens sei es unmöglich, die sozialdemokratische Literatur zu vernichten. Wenn es schon vor 1848 nicht gelungen sei, die Verbreitung der Oppositionsliteratur zu hindern — wie viel weniger jetzt, wo die Verkehrsmittel sich so ungeheuer vermehrt haben!

Und Eins. Man wirft uns vor, wir wollten das Eigenthum zerstören. Der Vorwurf ist nur in sofern begründet, als wir das Eigenthum an den Produktionsmitteln aufheben wollen. Wie kann uns aber überhaupt ein solcher Vorwurf von Männern gemacht werden, die selber das Privateigenthum in so rücksichtsloser Weise zerstören, wie es durch diese Vorlage geschieht. Wir haben 16 Genossenschaftsbuchdruckereien mit einem jährlichen Umsatz von über 800,000 Mark. Hunderte von Erbstenzen hängen daran. Und das Alles soll mit einem Federstrich vernichtet werden! Abgegeben von der Ungerechtigkeit, würde die Herabdrückung all dieses Eigenthums und dieser Existenzen mehr Haß und Jörn gegen Staat und Gesellschaft erregen, als alle sozialistische Agitation seit 15 Jahren.

Es giebt außerdem 26 Gewerkeverbindungen, die vernünftlich nach Annahme des Gesetzes unterdrückt würden; dieselben haben zusammen 60,000 Mitglieder, mit einer jährlichen Einnahme von 400,000 Mark und einer jährlichen Ausgabe von 320,000 Mark. Dazu kommen Javalidentassen und sonstige Unterstützungskassen. All diese mühsamen Werke wahrhafter Selbsthilfe der Arbeiter sollen das Schicksal unserer Genossenschaften theilen. Und wie greifen diese Maßregeln in das allgemeine bürgerliche Leben ein! Es giebt eine vollständige Untergrabung der gesammten bürgerlichen Verhältnisse.

Und warum? Aus welchem Grunde will man so vorgehen? Wir, die Sozialdemokraten, erheben den gewaltthätigen Umsturz! So klagt man uns an. Wo steht es? Womit beweist man es? In keinem unserer Programme steht es. Seit Jahren suchen die Staatsmänner es zu beweisen, und es ist ihnen nicht geglückt. Unsere Ziele sind durchaus humanitäre und ideale. Unsere Partei ist überhaupt die einzige, welche ideale Ziele hat. Redner verliest nun Stellen aus den verschiedenen, den Motiven beigelegten Altentänden, welche dies bekräftigen, und bezieht sich auf den letzten Genter Congreß, dessen Majorität sich, den Anschauungen der deutschen Sozialdemokratie gemäß, für die organische Entwicklung gegen die gewaltsame Revolutions- und Butschmacherei der sogenannten Anarchisten oder Bakunisten ausgesprochen habe.

Man mag es verkleiden wie man will, das Ausnahmegesetz macht eine Million deutscher Männer völlig rechtlos. Will man das, so sei man wenigstens consequent. Die notwendige Consequenz des Gesetzes wäre: Diejenigen, welchen man ihre staatsbürgerlichen Rechte raubt, aus ihrer staatsbürgerlichen Pflichten zu entbinden: vom Steuerzahlen, Eintritt in das Militär u. s. w. Und damit gelangten wir zur Ungereimtheit, zum Absurden.

Das Ausnahmegesetz geht von einer grundfalschen Auffassung

Das sind höchst erbauliche Staats- und Gesellschaftszustände, die wahrlich nicht erst „untergraben“ zu werden brauchen!

An diejen „vorzüglichen“ Stand der Volksschulen reißt sich die noch „vorzüglidere“ Lage der Volksschullehrer. Die „Schlesische Saugzeitung“ redet unerbittlich „von der furchtbaren Lage, in welcher alte, hochbejahrte, in den Ruhestand getretene Lehrer schmachten“ und führt zu dieser „furchtbaren“ Anklage gegen die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung folgende Beispiele an:

1) Der Emeritus zu Maßlatzsch bei Bernstadt, der nach einer 53jährigen Dienstzeit, in welcher er zuletzt ein Gehalt von 810 Mk. bezog, jetzt von einer Pension von 438 Mark leben muß.

2) Der Emeritus zu Lorenzdorf, Kreis Bunzlau, der nach 44jähriger Dienstzeit (zuletzt Gehalt 900 Mk.) eine Pension von 343 Mark bezieht.

3) Der Emeritus zu Hochkirch bei Blegwitz, der nach 52jähriger Dienstzeit (zuletzt Gehalt 1350 Mk.) eine Pension von 450 Mark bezieht.

4) Der Emeritus zu Leipe, Kreis Trebnitz, der nach 50jähriger Dienstzeit (zuletzt Gehalt 900 Mk.) eine Pension von 510 Mark bezieht.

5) Der Emeritus zu Ementhal, Kreis Landshut, der nach 34jähriger Dienstzeit (zuletzt Gehalt 510 Mk.) eine Pension von 270 Mark bezieht.

6) Der Emeritus zu Ellguth, Kreis Neustadt, der nach 49jähriger Dienstzeit (zuletzt Gehalt 967 Mk.) eine Pension von 322 Mark bezieht.

7) Der Emeritus zu Querbach bei Friedberg a. O., der nach 38jähriger Dienstzeit (zuletzt Gehalt 810 Mk.) eine Pension von 270 Mark bezieht.

8) Der Emeritus zu Orabin bei Neustadt, der nach 26jähriger Dienstzeit (zuletzt Gehalt 642 Mk.) von einer Pension von 210 Mark leben muß.

Und dieselbe Gesellschaft, die solche Jammerzustände schafft und duldet, waagt es, sich darüber zu beschweren, daß man diese Zustände „untergraben“ will?

Die obigen 8 angeführten Nummern sind geeignet, jedem preussischen Staatsbürger, zu denen sich die Herren Minister doch auch rechnen, die Nothe der Scham in die Wangen zu

der sozialpolitischen Bewegungsgesetze aus. Seine Urheber haben nicht begriffen, daß die sozialdemokratische Bewegung nicht von der Wissenschaft, nicht von der ganzen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung zu trennen ist.

Eine gute Regierung — das hat schon Welfer in seinem Staatslexikon ausgeführt — macht durch vernünftige Reformen jede Revolution, jeden gewaltthätigen Umsturz unmöglich.

Nachdem Redner noch des Gründungschwindsels, der Nothlage und der verkehrten Wirtschaftspolitik der Reichsregierung kurz erwähnt, schließt er: „Wie immer die Entscheidung ausfalle, die Zustände, gegen welche sich unsere Bewegung richtet, werden auf die eine oder andere Weise beseitigt werden; das Sozialistengesetz kann nur an der Art und Weise der Beseitigung etwas ändern.“

Bebel, der im Ganzen fünf Viertelstunden sprach, wurde durchaus mit größter Aufmerksamkeit angehört; nur die Herren Conservativen, denen namentlich die Enthaltungen über die zarten Verhältnisse Bismarck's zur Sozialdemokratie sehr unbehagen waren, machten mehrmals Störungversuche durch Karren zc.

Eulenburg junior erhebt sich nun, um „auf die gestellten Fragen zu antworten“. Die Protokolle des Nobiling-Prozesses könne er nicht vorlegen, das sei Sache des Gerichts. Wahr sei aber, daß Nobiling einmal vernommen worden sei (wohl nach seiner Verwundung, als er sich gerade die Kugel in den Kopf gejagt hatte?) und damals erklärt habe, daß er sozialdemokratischen Versammlungen beigewohnt und daß die dort entwickelten Grundsätze ihm gefallen hätten. (Angenommen, Nobiling habe dies in zurechnungsfähigem Zustande gesagt, so wäre dadurch gerade bewiesen, daß Nobiling nicht Sozialdemokrat war, denn als solcher würde er sich direkt zur Sozialdemokratie bekannt haben.) Uebrigens habe er (Eulenburg) niemals behauptet, die Sozialdemokraten seien direkt schuld an den Attentaten; die Attentate seien aber aus den allgemeinen Anschauungen der Sozialdemokratie hervorgegangen. Dies werde bekräftigt durch die Haltung der deutschen sozialdemokratischen Presse gegenüber den Attentaten. Sie haben dieselben entweder als Resultate der heutigen Gesellschaftszustände, oder als die Thaten unzurechnungsfähiger Individuen hingestellt. Die auswärtige sozialdemokratische Presse sei offener gewesen und habe unverhohlen Hölzel und Nobiling als Sozialdemokraten anerkannt und ihre Verbrechen gebilligt, was auch der letzte Juraßer Congreß (Anarchisten-Conventikel) in der Schweiz gethan habe. Es sei richtig, dies seien anarchische Kundgebungen, für welche die deutsche Sozialdemokratie nicht direkt verantwortlich zu machen; allein die Grundanschauung sei doch die gleiche, und „kraft des Gesetzes der Schwere werde die anarchische Richtung, als die energichere, mit der Zeit unfehlbar die Marxistische überwiegen“ (nach dem „Gesetz der Schwere“ hat bekanntlich in Wirklichkeit das genaue Gegentheil stattgehabt). Man sehe also in den Anarchisten die künftige Sozialdemokratie. Indeß hätte auch Marx sich für den gewaltsamen Umsturz erklärt (folgt ein Schuster'sches Citat), und Bebel habe sich in dieser Hinsicht direkt einverstanden erklärt (ditto Schuster). Die Beziehungen Bismarck's zur Sozialdemokratie seien ihm unbekannt; er könne nichts Authentisches sagen. Wenn aber auch Alles wahr sei, was Vorredner behauptet, so sei damit bloß bewiesen, daß Bismarck mit der sozialistischen Bewegung Fühlung gesucht und sich bemüht habe, sie in staatsfreundliche Geleise zu bringen. Er habe darin als echter Staatsmann gehandelt, und was er gethan, sei nicht eine Pflichtverletzung, sondern eine Pflichterfüllung. Nachdem es misslungen, mühten natürlich andere Wege eingeschlagen werden. Weislich habe zur Zeit jener Unterhandlungen Lassalle gelebt, der auf nationalem Boden gestanden und nicht mit den Umstürzern zu verwechseln sei, die heute das Ruder der deutschen Sozialdemokratie in Händen hätten.

Au Eulenburg junior reißt sich würdig der Held von Kirchheimbolanden an, der „vom Platz“ redet. Die Weisheit Bamberger's gipfelt in den Worten: „Ich glaube nicht an die Zukunft der Sozialdemokratie. Wer daran glaubt, der hat es allerdings schwerer, für ein Ausnahmegesetz zu stimmen.“ Sehr pfißig: wer an die Zukunft des Sozialismus glaubt, d. h. überzeugt ist, daß der Sozialismus nicht todgeschlagen werden kann, wird nicht den lächerlichen Versuch machen, das Nichttodzuschlagende todzuschlagen zu wollen. Herr Bamberger glaubt vermuthlich deshalb an die Möglichkeit der Todtschlagung der Sozialdemokratie, weil es ihm nach 1848 so leicht geworden, in sich selber die nicht soziale Demokratie todzuschlagen.

Sonst entzieht die Rede sich jeder Berichterstattung. Ein parlamentarischer Echtermacher macht auf jeden Schritt vorwärts

treiben, sie sind geeignet, die Regierung aufzurütteln, solche unerhörten, Deutschland vor dem gesammten civilisirten Auslande erhöhenden Zustände so schnell als möglich zu beseitigen. Und dennoch! Die einzige Antwort auf solche furchtbare Anklagen wird sein: Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokraten und gegen alle diejenigen, welche es wagen, solche Zustände der öffentlichen Beurtheilung preiszugeben!

Das ist der Rechtsstaat, das ist der Staat der „Intelligenz“!

— „Die Conservativen sind theils Ochsen von Geburt, theils Ochsen aus Prinzip“, klagte bekanntlich der einstige Hauptführer der conservativen Partei, Geheimreth Wagner, wenn seine Parteigenossen ihn durch ihre Handlungen in Verlegenheit setzten. Wenn Wagner nicht, mit welcher Wuth sich die conservative Herde gegenwärtig auf den vorg gehaltenen rothen Lappen des Ausnahmegesetzes stürzt und sich darin mit verwickelten Hörnern fängt, dann wird er gewiß auch nicht einen Wuchstaben von obigem „gefügeltsten Worte“ zurückzunehmen in der Lage sein können.

— Bismarck soll nach den Aeußerungen seines jüngsten Interviewers von Blowig ein sehr gutmüthiger Mann sein; nur diejenigen soll er hassen und bekämpfen, welche seinen weltgeschichtlichen Ruf zu verkleinern oder zu schädigen suchen. Wenn die Ansicht des Herrn von Blowig auf richtiger Beurtheilung beruht, dann müßte Herr von Bismarck seinen größten Jörn auf — sich selbst werfen.

— Eine schreckliche Scene spielte sich vor Kurzem im Grand-Theater zu Bordeaux. Eine hübsche Tänzerin, Fräulein Delas, fruchtete und fiel gegen eine Gasflamme; sofort fingen die Kleider Feuer, und erst nach längeren Bemühungen wurde das Feuer am Körper der Halberbrannten gelöscht. Der ganze Vorfall spielte sich vor den Augen des Publikums ab, welches nach Beendigung des Zwischenalles das Stück mit voller Gemüthlichkeit bis zu Ende genoß. „Man sollte es kaum glauben“, schreiben dazu deutsche liberale Zeitungen. Wir aber haben die Ueberzeugung, daß die „gefügeltste“ deutsche Bourgeoisie genau eben so handeln würde.

Im Staate der „Intelligenz“.

In einer amtlichen geschichtlichen Darstellung des Verfahrens der preussischen Unterrichtsverwaltung bei Einrichtung von Volksschulen in Gegenden mit confessionell gemischter Bevölkerung wird unter Anderem mitgeteilt, daß an einer evangelischen Schule der Provinz Westfalen der ärmlichen Verhältnisse wegen in 26 Jahren 16 Lehrer einander gefolgt sind und es überhaupt nicht mehr möglich wird, einen geprüften Lehrer zu gewinnen und von einer Schule im Regierungsbezirk Coblenz die Regierung berichtet: „Die Schule besteht aus zwei Klassen, deren eine von 88 Knaben (!), die andere von 80 Mädchen (!) besucht wird, also aus zwei einlässigen Schulen. Die Schulsäle sind dunkel und für die vorhandene Schülerzahl nicht geräumig genug. Ein Theil der Knaben sitzt auf einer Bank, ohne Pult, weil zu dessen Aufstellung der Raum fehlt. Die Kinder halten ihre Tische in der einen Hand, oder legen sie auf die Kniee oder auf den Sitz, während sie davor knien.“ Ueber eine von 32 Kindern besuchte Schule im Regierungsbezirk Arnsberg berichtet die Behörde: „Die zur Entlassung reifen Kinder haben weder einfache Sätze correct zu schreiben, noch zwei mehrstellige Zahlen richtig zu addiren verstanden; sie fanden auf der Karte nicht Westfalen, Arnsberg, Münster, die Rheinprovinz. Sie wußten weder den Namen unseres Kaisers, noch etwas von der Errichtung des deutschen Kaiserthums.“ Ost auch bestehen an demselben Orte zwei gleich schlechte Confessionsschulen kümmerlich nebeneinander. Die evangelische Schule eines Dorfes im Regierungsbezirk Trier z. B. hat 115 Schüler, welche von einem Lehrer in einem Zimmer unterrichtet werden, welches nur für 60 Kinder ausreichenden Raum hat. Die katholische Schule dafelbst bietet ihren 35 Kindern ein Zimmer von 29,91 Qu.-Metern, aber sie ist von einem Präparanden versorgt, und keine der beiden Schulen kann ohne Staatszuschuß weiterbestehen. In den östlichen Provinzen seien ähnliche Verhältnisse noch häufiger. Dabei wird noch mitgeteilt, daß sich seit 1873 die Zahl der vorchristlichmäßig geprägten Lehrer zwar um 3488 vermehrt hat, aber noch 4581 Stellen im Staate nicht vorchristlichmäßig besetzt, außerdem eine noch größere Zahl von Schulklassen überfällt sind.

zwei zurück, so daß er zuletzt, rückwärts avancierend, in irgend ein Sumpfloch der Reaktion plumpst, wo wir ihn ruhig liegen und darüber nachdenken lassen wollen, ob er für oder gegen das Ausnahmegesetz ist. Hoffentlich kommt er vor der dritten Besung noch mit sich in's Reine.

Bamberger hatte die Gebuld des „Haujes“ auf's Äußerste erschöpft. Es war nun keines Haltens mehr. Sobald er geendet, um 4 Uhr — wurde ein Vertagungsantrag gestellt und einstimmig angenommen.

Morgen wird die Debatte wahrscheinlich zu Ende kommen. Da die Fortschrittspartei, consequent wie immer, sich entschlossen hat, für die Verweisung des Gesetzes vor eine Commission zu stimmen, wird die Verweisung unfehlbar mit großer Majorität erfolgen. Die Commission wird aus 21 Mitgliedern bestehen; ein sozialdemokratisches Mitglied wird dieselbe, in Folge des Widerstandes der Conservativen, voraussichtlich nicht enthalten.

Berlin, 17. September.

Auch heute ist die Spannung des Publikums eine große. Unter den Abgeordneten herrscht eine gewisse Erregung, weil verkundet, daß Fürst Bismarck der Sitzung beiwohnen wolle, um die gestern von Bebel gemachten „Enthüllungen“ zu widerlegen oder richtig zu stellen. Das alademische Viertel wird etwas ausgebeutet und die auf 11 anberaumte Beginn der Sitzung bis auf 1/2 verschoben. Nach Eintritt in die Tagesordnung erhielt als erster Redner das Wort der Fortschrittler Hänel. Derselbe wendet sich mit Nachdruck gegen das Ausnahmegesetz, das er im Ganzen und in seinen Theilen für vollkommen unannehmbar und für vollkommen unverbesserlich erklärt. Es sei eine wahrhaft cynische Zumuthung, die dem Reichstag mit diesem Gesetz gemacht werde. Es sei ein Parteigesetz, ja schlimmer: ein Tendenzgesetz, das nur Unheil anrichten könne. Es werde sich gegen eine ganze Partei auf Grund von Annahmen hin, deren Richtigkeit man nicht einmal zu beweisen suche. Die Sozialdemokratie könne nur mit geistigen Waffen bekämpft werden. Damit, daß man eine ganze Lehre als staatsgefährlich bezeichne, und die Unterdrückung dieser staatsgefährlichen Lehre verlange, sei bloß der Beweis geliefert, daß man von Gedanken- und Gewissensfreiheit keinen Begriff habe. „Keine Regierung hat das Recht, zu entscheiden, was staatsgefährlich ist und was nicht. Wird dieses Recht ihr zugestanden, dann ist es vorbei mit aller Freiheit — dann findet nur das Duldung, was der Regierung und herrschenden Partei gefällt.“ Wird dieses Gesetz, dessen Annahme ein schwerer politischer Fehler wäre, von dem Reichstag gebilligt, so ist es vorbei mit der Hoffnung auf eine geistliche und ruhige Entwicklung der Dinge in Deutschland. — Redner fährt dann des Weiteren aus, daß man durchaus nicht juristisch definieren könne, was sozialistisch, und sozialdemokratisch sei, daß die Ideen und Ideale der Sozialdemokratie von vielen der edelsten und erleuchtetsten Männer gebilligt und getheilt worden seien; und daß man die Sozialdemokratie als politische Partei nicht treffen könne, ohne die Wissenschaft zu treffen. Er (Redner) sei ein entschiedener Gegner des Vorgehens der Sozialdemokratie und glaube, daß sie vielfach gemeinschädlich gewirkt habe und wirke; allein dagegen habe man ja die Gesetze, die vollständig ausreichen. Unrecht sei es indeß, der Sozialdemokratie die jetzt unzulänglich herrschende Verwilderung und Verrohung zuzuschreiben. Daran seien die allgemeinen politischen Verhältnisse, die Kriege, die Erschütterung der Autorität durch den raschen Wechsel auf politischem und legislativem Gebiete schuld. Statt zu reizen, statt zu ächten, gelte es zu verjöhnen und eine gemeinsame Basis für alle das Vaterland liebenden Elemente zu finden.

Als Redner ungefähr in der Mitte seiner fast eine Stunde dauernden Rede (wohl der besten, die er im Reichstag gehalten) war, trat Bismarck in das Haus ein. Der Reichskanzler sieht etwas frischer aus, als in der vorigen Session — er bewies eben hernach drastisch, daß dies nur Schein ist, und daß seine krankhafte Nervosität eher zu- als abgenommen hat.

Er erhob sich kurz vor 1/2 11 Uhr unter lautloser Stille des Hauses. Mit auffallend schwacher Stimme, und die Hände weithin sichtbar zitternd, begann er zu allgemeinem Staunen eine Attacke auf Eugen Richter, der in dieser Session den Ruf noch gar nicht aufgegeben hatte und beschuldigte ihn heftig und in burschikosen Ausdrücken, daß er ihm (Bismarck) in seiner Abwesenheit aus seinem Unwohlsein einen Vorwurf gemacht und ihn unpassender Beziehungen zur Sozialdemokratie geziehen habe. Uebrigens sei es ihm gleichgültig, was Herr Richter von ihm sage und denke — eine Behauptung, die durch den Ton seiner Rede aufs Schärffste widerlegt ward. Nun wandte er sich gegen Bebel. Was zunächst die Affaire mit Fickler betrifft, so leugnet

er sie vollständig ab; er sei erst Ende September 1862 Minister geworden und habe also nicht schon „im September“ 1862 „die Affaire“ mit Fickler arrangiren können. Einem Fickler habe er nie Aufträge gegeben — freilich Berichte habe er von einem Fickler erhalten. Er (Bismarck) habe überhaupt mit keinem Sozialdemokraten jemals persönlich verkehrt. Lassalle rechne er nicht zu den Sozialdemokraten, von denen er sich wesentlich unterscheide, die er weit übertrage. Mit den Epigonen von heute habe Lassalle absolut nichts gemein. Mit Lassalle habe er (Bismarck) allerdings zwei-, drei-, auch viermal Zusammenkünfte gehabt; aber nicht durch Vermittelung eines Prinzen oder der Gräfin Hagsfeldt, die er 1865 zum letzten Mal gesehen habe. Lassalle habe ihn gesucht, nicht er Lassalle. Von Unterhandlungen kann keine Rede sein. Lassalle sei sehr liebenswürdig, geistreich und ehrgeizig im großen Stil gewesen. Er habe sich nie in besserer Gesellschaft gefunden als mit Lassalle, der, wenn er heut lebte, die Epigonen, die heut von seinem Ruhme zehren, aus dem Schatten seiner überragenden Persönlichkeit jagen würde. „Ich habe das allgemeine Wahlrecht acceptirt mit einem gewissen Widerstreben — als Frankfurter Tradition.“ Er deutete dann an, daß das Experiment freilich ein ziemlich gewagtes sei. Daß er die Produktivassoziationen im Prinzip billige, gab er zu und bestätigte auch, daß er Geld für die Schlesische Produktivassoziation ausgezahlt habe. Falsch sei, daß er seine Geheimräthe „im Gespräch“ mit Paul herabgesetzt habe. Wenn ein gewisser Frischi gesagt habe, er (Frischi) habe ihm Berichte zugeworfen, so habe Frischi „gelogen“, er wisse nicht, wer dieser Frischi sei. Auf den Ruf aus der Versammlung: „Abgeordneter!“ korrigirte er sich und nahm den Ausdruck „gelogen“ zurück. Von dem Anekdoten Bucher's an Marx und des Braß an Liebknecht sprach er nicht.

Nach diesen „Erklärungen“ kam der Herr Reichskanzler aufs Ausnahmegesetz zu reden; dasselbe sei durch den veränderten Charakter der sozialdemokratischen Bewegung notwendig gemacht. Die heutige deutsche Sozialdemokratie sei eins mit den russischen Nihilisten und Mordern, deren Thaten sie verherrlicht hat.

Von dem Moment an, wo „Bebel oder Liebknecht“ von der Tribüne des Reichstags das Loblied der Commune gesungen und sie als nachahmenswerthes Beispiel hingestellt habe, sei seine (Bismarck's) Stellung zur Sozialdemokratie eine andere geworden. Man werde in Deutschland nicht zu so drastischen Mitteln zu greifen brauchen, wie in Frankreich, aber der Staat müsse sich seiner Haut wehren. Wir wollen nicht länger unter der Furcht vor einer Gesellschaft von Banditen leben. Es gilt diese Gesellschaft unschädlich zu machen. Es kann dabei ja der Eine oder Andere fallen, aber wer erliegt, hat wenigstens das Bewußtsein, auf dem Felde der Ehre zu fallen.

Nach dieser Kraftphrasen sank der Fürst Reichskanzler erschöpft in seinen Sitz zurück. Nun war aber die günstige Temperatur für das Austreten eines Vollblutjägers.

Kleist-Rehow bestieg nun seine Kabinette und trompetet eine halbe Stunde die bekannte Melodie in's Haus hinaus. Jucht und Sitte fort, Gottesfurcht fort, Deutschland eine Würdegrube, und an Allem das vaterlandlose Gefindel der Sozialdemokratie Schuld! Sei doch ein sozialdemokratischer Abgeordneter bei dem neuen Hof auf den Kaiser sitzen geblieben. Wenn das Gift so weit und so tief gedungen sei, müsse der Staat sich helfen, mit fester Hand zugreifen, die Gegner zermalmern. Nur keine halbe Arbeit. Die Sozialdemokraten erstreben den Umsturz, sie untergraben Staat und Gesellschaft, sie bereiten die gewaltthätige Revolution vor (Hasselmann ruft: Denunziant! ein Ausdruck, der von dem Präsidenten als unparlamentarisch bezeichnet wird).

Als Kleist-Rehow die Kraft seiner Lungen erschöpft, meldet sich Bebel zum Wort zur Geschäftsordnung und verlangt, daß Kleist-Rehow wegen seinen Beschuldigungen gegen die Sozialdemokratie, der er kriminell strafbare Handlungen vorgeworfen, zur Ordnung gerufen werde; desgleichen beantragt er den Ordnungsruf gegen Fürst Bismarck, der ja im Haus der Disziplinargewalt des Präsidenten unterstehe, wegen des Ausdrucks „gelogen“, den er gegen Frischi gebraucht, und ferner wegen des Ausdrucks „Gesellschaft von Banditen“, der sich gegen die deutsche Sozialdemokratie im Allgemeinen und folglich auch gegen die Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstag gerichtet habe.

Der Präsident erklärt, daß er in Anbetracht des Themas Kleist-Rehow's Ausdrücke nicht als unparlamentarisch erachten könne, daß Bismarck das Wort „gelogen“ zurückgenommen habe, und daß der Ausdruck „Gesellschaft von Banditen“ keinen der Reichstagsabgeordneten persönlich treffe. Er ertheilt hierauf das Wort an

Braße. Dieser „will in die erregte Debatte wieder einen

es ist nur eine Art instinktiver Widerwille gegen diese Jäger-schaft unverkennbar in fast allen Kreisen der Wähler zu constatiren gewesen. Möglich, daß Herr Dr. Hirsch Unrecht geschieht, da Manche ihn für einen halben Sozialdemokraten halten, Andere wieder seiner zu selbstständigen Leitung des sozialen Vereinswesens sind und ihn für unklar in seinen Zielen erklären. U. Bamberger nannte das „Harmonie-Märchen“ des „Vorwärts“ den „Süßwasser-Sozialisten“, fortschrittliche Stimmen erklärten direkt, wo Marx Hirsch sei, sei auch die Confusion.“

Und trotz dieser fortschrittlichen Stimmen bleibt Marx beim Fortschritt! Es giebt eben Naturen, die ohne Prügel sich nicht wohl fühlen.

— Attentäterei. Der „Weser-Stg.“ ging folgendes Telegramm zu:

„Berlin, 13. September. Gerüchte circuliren von angeblich entdecktem neuem Komplott gegen den Kaiser. Der Attentäter soll verhaftet sein.“

Die „Post“ klärt nun diesen „Fall“ auf und da erfahren wir denn, daß in Gastein wirklich ein Mann sich in verdächtiger Weise nach den Bewohnern des Kaisers erkundigt habe, daß dieser Mann dann verhaftet wurde und daß in dessen Besitz sozialistische Schriften gefunden worden sind. Die Absicht eines Attentats ließ sich zwar nicht constatiren. Der Mann soll aus Hannover und sein Vorleben nicht geklärt sein. — Wir aber bemerken der „Post“, daß nur ein echtes wirkliches Attentat ihren reaktionären Plänen noch weitere Hülfe bringen würde. Kann sie das nicht in Scene setzen, dann würde sie doch solche Albernheiten unterlassen, die nicht einmal bewirken, daß Lasker über den Stolz springt, wenn er nicht ohnehin Springgelenke hat.

— Christlich-Soziales. Der „Staatssozialist“ giebt in seiner neuesten Nummer in geradezu feierlicher Weise den Christlich-Sozialen und dem Herrn Stöcker den Laufpaß. Stöcker wiederum hat seinen Trabanten, den Herren Gräberberg, Küster, Siering u. denselben ertheilt. Gräberberg und Küster schimpfen sich gegenseitig als Lumpen. Ein nettes Ende!

ruhigen sachlichen Ton bringen“; er weist nach, daß gerade die sozialdemokratische Weltanschauung den Versuchen gewaltthätigen Eingreifens in die sozialpolitische Entwicklung vorbeuge, während die übrigen Parteien ihren Anschauungen, und theilweise auch ihrer Praxis nach, solchen Versuchen keineswegs feindlich gegenüberstünden. Man habe uns vorgeworfen, Nobilings Schrotbüchse geladen und den Dorsch der russischen Nihilisten geschliffen zu haben. Man habe uns ferner ein Verbrechen daraus gemacht, daß wir Hödel-Beimann für ein Produkt der heutigen Gesellschaft erklärt. Gut. Hödel ist in einer preussischen Besserungsanstalt erzogen worden, und die Sozialdemokratie, bei der er für kurze Zeit Rettung suchte, war außer Stand, aus einem verkommenen, durch und durch verklumpten Individuum einen tüchtigen Menschen zu machen. Der einzige echt menschliche Zug, den man von Hödel erfahren, ist die, vor der Hinrichtung gethane Aeußerung: „Hätte ich eine andere Erziehung gehabt, dann wäre das nicht geschehen.“ In diesen Worten liegt allerdings eine schwere Anklage gegen die heutige Gesellschaft, die dem Unglücklichen eine menschenwürdige Erziehung verweigert. Von Nobiling ist nur zu bemerken, daß die Sozialdemokratie nie die geringsten Beziehungen zu ihm gehabt hat. Er bewege sich in reichstreu Kreisen, und aus diesen Kreisen sind allerdings Kundgebungen hervorgegangen, die in ein verwildertes Gemüth, wie das Nobiling's, den Samen des Verbrechens einfließen konnten. Redner verliest hierauf einige nationalliberale Stilproben, die allerdings drastische Aufreizungen zur Gewaltthätigkeit enthalten. Die Mittheilungen des Grafen Eulenburg über die angeblichen Geständnisse Nobilings haben keine Beweiskraft, weil Nobiling in einem Körperzustand war, der seine volle Zurechnungsfähigkeit ausschloß.

Braße erwähnt noch, daß eine von dem jetzigen Nationalliberalen Bamberger redigirte Zeitung 1849 ein Attentat auf den Prinzen, heute deutschen Kaiser, verherrlicht habe und verbreitet sich des Vängeren über das Wesen der Sozialdemokratie, deren reformatorischen Charakter, deren wissenschaftliche Grundlage, und beweist die Ungerechtigkeit und zugleich Zeit Unwirksamkeit des Ausnahmegesetzes.

Der philanthropische elsfasser Fabrikant Dolsch tritt jetzt die Tribüne, um „mit vielem Gefühl und wenig Stimme“ eine Rede über die Lösung der sozialen Frage durch Arbeiterhäuser, Versorgungsanstalten u. s. w. zu lesen und dadurch jedes Ausnahmegesetz, das er verurtheilt, überflüssig mache.

Hierauf erhebt sich Kardorff und wiederholt in etwas abgeschwächter und entsprechend langweiligerer Manier das von Klein-Rehow Trompetete.

Dem Ritter des „preussischen Schnaps“ folgt auf der Rednerbühne der Bole Jadzowski, welcher der Regierung von vornherein das Recht abstreitet, der Sozialdemokratie vorzuwerfen, sie untergrabe den Staat, die Religion, die Nationalität, denn gerade die preussische Regierung habe Polen gegenüber selbst Alles das gethan, was sie, wie er überzeugt sei, fälschlich der Sozialdemokratie in die Schuhe schiebe.

Inzwischen ist es 1/2 5 Uhr geworden. Das todtmüde Haus beschließt mit großer Mehrheit den Schluß der Diskussion und nimmt den Bamberger'schen Antrag auf Niederlegung einer Einundzwanziger-Commission an.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen, auf die wir heute nicht eingehen können, wurde die Sitzung geschlossen. Morgen Wahl der Commission und Plenarsitzung um 12 Uhr. Tagesordnung: Antrag auf Sistirung eines Prozesses gegen Frischi und Bericht über Wahlprüfungen.

— Stimmen der Presse über das Bismarck'sche Sozialistengesetz. Die „Magdeburgerische Zeitung“ erklärt, daß die Vorlage, welche unmittelbar nach dem Hödel'schen Mordversuche dem deutschen Reichstag vorgelegt worden sei, namentlich an der unklaren und verschwommenen Fassung des Paragraphen 1 gescheitert sei und nennt es eine glänzende Rechtfertigung der ablehnenden Haltung der damaligen Reichstagsmajorität, daß die Regierung nicht eine sorgfältig ausgearbeitete Vorlage eingebracht habe. Wenige Zeilen nach dieser Behauptung kritisiert das Blatt den nunmehrigen § 1 und kommt zu folgendem Resultat: „Mit diesem neuen Paragraphen, mit dessen Annahme oder Ablehnung das ganze Gesetz stehen oder fallen muß, sammt seiner in den Motiven erhaltenen Erläuterung, kommt man nicht viel weiter, als früher.“ Trotzdem also der jetzige Paragraph 1 nicht besser ist, als der damalige, und die Ablehnung des damaligen völlig gerechtfertigt war, trotzdem empfiehlt die „Magdeburgerin“ jetzt die Annahme des Gesetzes mit dem neuen Paragraphen 1. Welche Logik! Als wenn das Blatt sich dieser Logik selbst schämte, sagt es zum Schlusse des betreffenden Artikels:

„Wir verkennen dabei aber nicht die entsetzlichen Gefahren, welche eine solche Ausnahmegesetzgebung ganz unzweifelhaft in sich birgt und stimmen für dieselbe nur, weil sie uns, wie gesagt, von zwei Uebeln immerhin das kleinere zu sein scheint. Weit, sehr weit von uns aber müssen wir es weisen, den redlichen, auf das Wohl des Landes ehrlich bedachten Männern, die nach ihrer Ueberzeugung ein Ausnahmegesetz verwerfen, auch nur den leichtesten Vorwurf machen zu wollen. Wer kann sagen, daß er den allein richtigen Standpunkt in dieser Frage einnimmt, die voll grauenhaften Unheils ist und unser Volksleben — so oder so — bis in's innerste Mark hinein verzerren und — so oder so — noch sehr böse Stürme gegen die Gesellschaft entfesseln wird? Wehe, wehe über die, welche mit der Sozialdemokratie ein böses Spiel getrieben haben!“

Alle diejenigen, welche Ausnahmegesetze wollen und erlassen, treiben aber mit der Sozialdemokratie ein böses Spiel und haben die „entsetzlichen Gefahren“ und das „grauehafte Unheil“, welche unzweifelhaft aus der Annahme der Ausnahmegesetze entspringen, sich selbst zuzuschreiben. Die das „Kreuzige, Kreuzige“ geschrieben haben, sie sind die eigentlichen Mörder gewesen!

Daß Bismarck mit dem Ausnahmegesetz nicht den Sozialismus treffen will, bekündigt in folgender drastischer Weise die Londoner „Ball Mall Gazette“:

„Es würde leichter sein, die Bismarck'sche Politik zu verfolgen, wenn man ihre Ziele errathen könnte. Geradezu absurd ist die Annahme, daß ein Staatsmann seines Schlags sich der Hoffnung hingebe, den Sozialismus durch Maßregeln aus der Welt zu schaffen, wie sie von der Regierung verlangt werden.“

Trotzdem die ganze Welt die Liberalen wartet, werden sie doch über den Stolz springen. Und bald schon wird das bekannte Sprüchwort in folgender Wendung angewandt werden: „Die Liberalen werden nicht alle!“

— „Die Ihr rieft die Geister, werdet Ihr nicht los!“ Diese Variation des Goethe'schen Spruches trifft die Herren Liberalen, welche der Kirchenfragen halber politische Opposition machen und selbst reaktionär die Reaktion bekämpfen.

Wir waren damit immer zufrieden, obwohl kirchliche Organe mit großem Pathos verkündeten, daß die Sozialdemokratie in katholischen Gegenden keine Heimstätte finden könne. Gegenwärtig schweben noch immer die Verhandlungen Bismarck's mit Rom; verschiedene Führer der Kirchengegner haben ganz gewiß die Sehnsucht bei Gelegenheit einzulassen und ihre oppositionelle Stellung dranzugeben. Das merkt aber das Volk und die katholische Volkspresse und wettert derb dazwischen; so der „Westfälische Merkur“:

„Es war ein fast tölpelhafter Sirenenfang, als man den „conservativen“ Elementen des Centrums das Loblied andichtete, daß sie Bismarck und seinen Vasallen dienstbar werden könnten. Sie mögen es sich gesagt sein lassen, die Herren von der protestantisch-preussischen Junkerpartei, daß das Centrum von dieser Species nicht einen Abgeordneten birgt. Was von Schorlemer dieser Tage in Trier gesagt hat, daß die Herstellung des religiösen Friedens ohne die entsprechende bürgerliche Freiheit nicht annehmbar sei, — dieses Wort ist die eigentliche Parteiparole. Ihr folgt der höchste Aristokrat, wie das der letzten Gesellschaftsklasse angehörende Mitglied der Centrumpartei. Wenn es aber Jemandem einfallen möchte, diese Fiktion zu verlassen und in die Reihe der auf den Namen Bismarck Gewählten überzutreten: so würde er ein Volksgericht an sich vollzogen haben, vor dem ihn die höchsten Verdienste nicht schützen könnten. Unser katholisches Volk will keine Regierungspartei sein; es geht lieber in hellen Hausen zu den fortgeschrittensten Demokraten. Darüber sollte die Staatsregierung sich nicht täuschen: sie soll nicht von einer frontirenden westfälischen Adelpartei, auch nicht von den rheinischen Demagogumtrieben sich vorsagen lassen. Unser katholisches Volk will die bürgerliche Freiheit. Was man von der unwissenden Masse sagt, die blindlings fanatischen Führern folgt, — das wird sich doch als allerbärmlichste Thorheit ausweisen, wenn dieses selbe geschmähte katholische Volk einzig und allein noch das Banner der Freiheit hochhält.“

Diese Sprache wird Herrn Windthorst noch viel weniger gefallen, als Herrn v. Bismarck, die sich übrigens beide die Hand reichen können in braver Bundesgenossenschaft, das katholische Volk wenn auch wider ihren Willen demokratisirt zu haben.

— Der Legationssekretär a. D. Otto v. Voß, im Jahre 1863 Privatsekretär des Herrn v. Bismarck, Neffe der Gräfin Haffeld, hat kürzlich in dem Pariser Blatte „Monde“ bestätigt, daß in jener Zeit Herr v. Bismarck sich manchen Ideen Lassalle's geneigt gezeigt und denselben zu sich heranzuziehen vielfach versucht habe. — An Herrn v. Bismarck hat es also nicht gelegen, daß aus der Freundschaft nichts wurde.

— Zu den Majestätsbeleidigungen. Ein 18jähriger junger Mensch in Breslau, der schon 10mal wegen Arbeitsscheu und Bettelns bestraft worden ist, wurde kürzlich wegen Majestätsbeleidigung zu 1 Jahr Gefängnis verurtheilt. Wie wir aus den Verhandlungen über die Majestätsbeleidigungen überhaupt erfahren haben, ist mindestens die Hälfte der Verurtheilten dem Drange nach einem Unterkommen gefolgt und hat den nicht mehr ungewöhnlichen Weg der Majestätsbeleidigungen erwählt. Man sieht daraus, welchen Werth die in den Motiven zum Sozialistengesetz aufgestellten diesbezüglichen Behauptungen haben.

— Die Reichstags-Nachwahl in Stettin hat am 13. September das Resultat ergeben, daß der nationalliberale Herr Rapp mit 4242 gegen den konservativen Herrn Schlutow mit 4031 Stimmen in die Stichwahl kommt, da unser Genosse A. Kapell 707 Stimmen erhielt. Unsere Parteigenossen in Stettin haben es nun in der Hand, einen konservativen oder einen nationalliberalen Zusage in den Reichstag zu senden.

— Ueber die gegenwärtige französische Bourgeoisrepublik haben wir manches harte Urtheil gefällt; uns imponierte auch nicht der Sieg der Gambettisten bei den letzten Wahlen. Wir haben uns deshalb im eigenen Lager und in den Lagern unserer „Freunde“ in dieser Angelegenheit manchen Gegner gemacht. Der neueste Streich dieser Bourgeoisrepublik aber scheint die Ansichten zu klären und selbst die „Frankfurter Zeitung“ schreibt:

„Man hatte hoffen dürfen, daß nach dem 14. Dezember endlich eine umfassende, wenn nicht eine vollständige Amnestierung der Deportirten erfolgen werde. Statt dessen verblieb es bei einzelnen Begnadigungen, welche der Marischall Mac Mahon dann vornahm, wenn er gerade einmal in besonders guter Laune war. Die Kriegserichte amtiren fort und verurtheilen munter, wenn auch bei und da, sieben Jahre nach dem Communicaustand, ein in der Menge Verschwundener oder aus dem Ausland unvorsichtig Heimgekehrter vor ihre Barre geschleppt wird. Und so fürchtbar streng sind die Verdichte, daß selbst gemäßigt republikanische Blätter sich, wie neulich im Prozeß Matillon, zu energischem Proteste dagegen verpflichtet gefühlt haben. Der Vergleich war nicht unzutreffend, daß die Polizei besonderen Gefallen daran zu finden glaube, händelartig das Grab, worin der Bürgerkrieg versenkt sein sollte, aufzuwühlen. Was die geistige Thätigkeit der Arbeiterparteien anbetrifft, so wissen wir, daß die Regierung dieselbe noch kräftiger hemmt; sie hat die wenigen Blätter sozialistischer oder radikaler Richtung mit Prozeßes heimgesucht und eines aus der Zahl erdrückt. In ihrem staatsrechtlichen Eifer ist sie so weit gegangen, verschiedene Personen einfach deshalb, weil sie angeblich die Lehmeinungen der Internationalen theilten, vor die Gerichtstühle zu laden; ein Italiener, dem weiter nichts nachgewiesen werden konnte, als daß er glaubt, was in hundert unterbotenen Büchern steht, wurde so auf's Plumpste gemahregelt. Die Haltung des Strikes gegenüber war gelinde gesagt willkürlich und unverständlich. All das mußte höchlich befremden, hatte doch der äußerste Flügel des Radikalismus die gemäßigten Republikaner im Kampfe gegen die Regierung vom 16. Mai redlich unterstützt und wäre doch ohne diese Loyalität ein Sieg kaum möglich gewesen. Man kann nicht sagen, daß sie den Mühren gehen ließen, nachdem er seine Schuldigkeit gethan; dieser Vorwurf wäre unbillig, sie behielten und prägelten ihn. — Die neueste Polizeithat reiht sich den früheren würdig an.“

So die „Frankfurter Zeitung“. Sie bestätigt lediglich, daß die Radikalen einen dummen Streich gemacht haben, als sie mit den Gemäßigten durch die und dünn gingen — ohne Garantien zu verlangen. Der Noth hat seine Schuldigkeit gethan und bekommt jetzt Prigel. — Und wie sind wir verletzert worden und zwar von der „Frankfurter Zeitung“, als wir kläger, als sie vorbeugend dasselbe betonten, was sie heute selbst unausgefordert eingestekt. Im Uebrigen aber sind wir sehr erfreut über dies Verhalten des uns nahestehenden Blattes.

— Bekanntmachung. Auf Antrag des Königlich Preussischen Kriegsministeriums vom 29. September 1877 ist der vormalige verantwortliche Redakteur der Zeitung „Vorwärts“,

Friedrich Hermann Helfzig, wegen öffentlicher Beleidigung der obengenannten Behörde, welche durch den Abdruck der in den Nr. 108 und 111 der Zeitung „Vorwärts“, Jahrgang 1877, unter der Ueberschrift: „Aus Rumänien“ ersichtlichen Artikel begangen worden, auf Grund des § 186 des Reichsstrafgesetzbuchs verbunden mit § 20 Abs. 2 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 mit einer sechsmonatlichen Gefängnisstrafe bestraft, auch zur Bezahlung der Untersuchungskosten verurtheilt worden.

Königliches Gerichtsamt Leipzig I., am 7. Sept. 1878.
J. A.: Spittel, Refrdr.

— Man vermuthet, daß ein Brief, den unser Genosse Karl Hirsch in Paris an den deutschen Botschafter Fürsten Hohenlohe gerichtet hat, mit seiner Verhaftung in Verbindung stehe. Wir bringen deshalb dieses Schreiben, welches uns doch nicht so gefährlich erscheint, noch nachträglich zum Abdruck:

„Paris, 25. August.“

— Ew. Durchlaucht
bin ich zu meinem aufrichtigen Bedauern mit einer Reklamation zu beeheligen gezwungen.

Wie mir Herr Berger, Direktor der Auswärtigen Abtheilungen der Weltausstellung, mittheilt, hat er Ihnen zwei durch mich an das Syndikat der Pariser Presse eingekaufte und durch letzteres ihm zugegangene Schreiben übermittelt, in welchen die Herren Bloß und Koff, Ihre früheren Kollegen im deutschen Reichstag, als Redakteure der „Berliner Freien Presse“ und des „Hamburg-Altonaer Volksblattes“ Anfangs Mai d. J. eine permanente Eintrittskarte zur Weltausstellung für mich, als den Berichterstatter dieser Blätter, verlangten.

In gleicher Weise hat Herr Berger mit zwei Photographien von mir, die jenen Briefen beilagten, verfahren zu müssen geglaubt.

So viel mir bekannt ist, haben Ew. Durchlaucht nicht, wie dies der Generalkommissär der deutschen Abtheilung Herr von Werner unterm 19. Mai d. J. gegenüber den deutschen ausstellenden Künstlern gethan hat, die Vertreter der deutschen Zeitungen öffentlich aufgefordert, ihre Eintrittskarten in Empfang zu nehmen. Wie es demnach scheint, sollte aus der Ertheilung einer derartigen Karte der Gegenstand einer persönlichen Gunst gemacht werden, um welche man sich direkt bei dem Vertreter der deutschen Reichsregierung bewerben sollte und deren Gewähr an Bedingungen geknüpft werden könnte. Einer solchen Gunst werden wir indeß, sowohl meine Wenigkeit, als die Redaktionen der obengenannten Blätter, uns niemals würdig zeigen. Wenn also Ew. Durchlaucht mit der Nichtbeantwortung der beiden Schreiben Ihrer damaligen Herren Kollegen gezeigt zu haben scheinen, daß Sie die gedachten Schreiben nicht als an Ihre Adresse gerichtet ansahen, so kann ich die Richtigkeit dieser Auffassungsmoße nur bestätigen.

Um so gewisser werden Sie andererseits aber auch anerkennen, daß Sie ein Recht auf den Besitz der fraglichen Briefe und Photographien weder hatten noch haben, und ich glaube deshalb keinen verzeßlichen Schritt zu thun, wenn ich Ew. Durchlaucht höflich ersuche, mir das Reine zu rückzuerstatten.

Mit ausgezeichneter Hochachtung
Karl Hirsch, 6 rue de Dunkerque.“

Correspondenzen.

Hörlik, 29. August. In unserer alten Reichstadt, wo Genosse A. Kapell 746 Stimmen erhielt und der „liberale Herr“ Lüders gewählt wurde, ist, wie die hiesigen Blätter schreiben, kein „Boden“ für die Sozialdemokratie. Sie meinen nämlich, weil wir 1877 150 Stimmen mehr hatten, habe die Sozialdemokratie einen Rückschritt zu verzeichnen. Na, lassen wir die Herren in ihrem Siegestaumel, es sollen ihnen bei einer Wahl mit nur einigermaßen günstigen Verhältnissen die Augen übergehen beim Lesen des Wahlergebnisses. Wie es aber bei der letzten Wahl war, wo wir auch nicht eine Versammlung abhalten konnten, wo Arbeitermaßregelungen in Masse stattgefunden haben und Wahlbeeinflussungen der allergrößten Art vorgekommen sind, war es ein Resultat, an das wir nicht zu denken glaubten. — Unser neuer Pastor primus Schulze fühlt sich auch berufen gegen die Sozialdemokratie zu Felde zu ziehen, es erscheint Artikel über Artikel im kirchlichen Blatt wider die Sozialdemokratie. Das kann uns jedoch sehr egal sein, da das Blatt nur von alten Weibern gelesen wird. — Mittwoch (21. und 22. August) zum Donnerstag Nachts gegen 2 Uhr ist die große Tuchfabrik von Hentschle an der Obermühle bis auf die Mauern ausgebrannt. Die Fabrik ist hoch versichert, die Arbeiter aber können sich kümmern. Unsere freiwillige Feuerwehr hat bei diesem Feuer wieder große Triumphe gefeiert! Die Uhr wird zum Fenster hinausgeworfen, der Stiefelnecht wird an der Leine hinuntergelassen! — Zum Schluß will ich die Genossen noch auf das Beispiel anderer Städte aufmerksam machen, wo man den Geschäftsleuten, welche bei der letzten Wahl uns feindlich gegenüber getreten, nichts mehr abläuft! Also, Genossen, instruiert eure Weiber und Kinder, es ist ja sehr leicht, die betr. Geschäftsleute kennen zu lernen, ihr habt sie ja unter den Wahlaufreusen zu Duzenden gesehen! Also nur gekaut bei solchen, die entweder mit uns gehen, oder sich doch passiv verhalten. Arbeiterentlassungen — Geschäftsblöde! — Wurst wider Wurst! T—.

Frankenhausen, 2. September. Durch einen hier sich aufhaltenden Berliner Parteigenossen wurde ich gefragt: „Woran liegt es, daß in Thüringen die Partei so wenig Stimmen bekommen hat?“ Ich gab folgende Antwort, welche, wenn dieselbe in weitem Kreise bekannt wird, wohl manches Bedenken beseitigen wird: Thüringen, und besonders der Norden mit der goldenen Au, haben bedeutende Industrie, jedoch sind die Zuckersabriken vorherrschend. In diesen Fabriken ist die größere Zahl der Wähler beschäftigt. Zugleich bedingt es die Zuckersabriken, viele Arbeiter bei dem Rübenbau zu beschäftigen. Wenn nun die für den Fabrikherrn unliebsamen Wähler, welche in der Fabrik beschäftigt sind, am Tage der Wahl recht weit von der Fabrik arbeiten, so müssen diese Arbeiter sich ihr Mittagessen auf ihren Arbeitsplatz bringen lassen, um die Arbeit zu behalten oder sich ihren Arbeitslohn nicht kürzen zu lassen. Dadurch sind nicht Hunderte, nein Tausende von Stimmen von der Wahl fern gehalten worden. Man darf dies nicht unterschätzen, denn hier am Plage allein sind über Hundert Stimmen auf obige Art verloren gegangen. Dazu kommt noch, daß eine Agitation gar nicht betrieben worden ist und nur die zuverlässigen Parteigenossen wählen konnten, welche nicht durch obige Nachsationen fern gehalten wurden. Hierzu kommen die kleinen Orte Thüringens, wo die Verhältnisse noch schwieriger liegen, dazu ferner die Drohungen betreffs Arbeitsentlassung u. c., so daß man wohl sagen kann, die Hälfte Stimmen ist verloren gegangen. Wenn nun eine Agitation von Raumburg oder Erfurt aus betrieben würde, so glaube ich, daß in späterer Zeit dennoch ein günstiges Resultat zum Vorschein kommen würde. A. B.

Weslich (im Wahlkreise Merseburg-Querfurt), 1. September. Das Wahlergebnis in unserem Wahlkreise besteht in folgenden Zahlen: Sozialistische Stimmen wurden im Ganzen 72 abgegeben. Diese vertheilen sich wie folgt: Merseburg 4, Dürrenberg 1, Passendorf 1, Schleuditz 16, Alt-Scherbich 10, Dörthau, Ermlich und Rübien 38, Weslich 1 Stimme. Wahlzettel und Aufrufe wurden sehr oft verbrannt und Maßregelungen fanden genugsam statt, ebenso wie in anderen Wahlkreisen.

Fürth, 2. September. Hier äußerte sich ein Fabrikant: die Ausnahmegeetze wären eine sehr unangenehme Sache, jedoch im Interesse der Industrie geradezu unerlässlich, weil die verdamnten Blätter Alles gleich an die Oeffentlichkeit brächten; würden diese unterdrückt, dann könnte man ja doch mit dem Arbeiter machen, was man wollte, und darum sei auch er für Ausnahmegeetze. Wir sehen demnach schönen Seiten entgegen!

Erklärung. Da ich erfahren habe, daß Parteigenosse Rüdiger als vermeintlicher Verfasser des Artikels „Die politische Lage, die politischen Parteien und das Volkswohl“ verschiedener Pressevergehen angeklagt ist und deshalb in Untersuchungshaft gehalten wird, so erkläre ich, daß ich diesen Artikel als Ansprache an die Wähler des XIV. sächsischen Wahlkreises geschrieben und in den für diesen Wahlkreis erscheinenden Parteiblättern veröffentlicht habe. Parteigenosse Rüdiger ist also ebenso wenig als alle anderen sozialistischen Reichstagskandidaten, welche den fraglichen Artikel für Agitationszwecke benutzt haben, als Verfasser desselben von irgend einem Staatsanwalt verantwortlich zu machen. Man halte sich gefälligst an mich — ich bin der Ueberzeugung, in einer für jeden vernünftigen Menschen verständlichen Art nachweisen zu können, daß die Ausführungen jenes Artikels von jeglichem Vergehen gegen das Reichsstrafgesetzbuch weit entfernt sind.
Bruno Geiser.

Allgemeiner Arbeiter-Sängerbund.

Die Vereine, welche über die Anträge 6, 8, 12 und 13 ihre Abstimmung noch nicht eingesendet haben, werden ersucht, dies bis zum 30. d. M. zu thun, da dann angenommen wird, daß sie sich der bis dahin eingegangenen Majorität unterwerfen.
Gotha, 16. Sept. 1878. Mit Gruß
Emil Sanerteig,
Schriftf. d. B.

Zur Beachtung.

Das Herbergswesen in Basel (Schweiz) ist neuerdings vom dortigen Centralausschuß der vereinigten Gewerkschaften derart geregelt und unter Controle gestellt worden, daß die beiden Wirthe im Gasthaus „zum schwarzen Bären“ in der Reichensvorsied und im Gasthaus „zum rothen Ochsen“ in Kleinbasel, sich verpflichtet haben für gute Betten, billige Speisen und Getränke, sowie für anständige Behandlung besonders der zugereisten Handwerker zu sorgen. Für letztere wird auch an den beiden Orten Arbeit nachgemessen. Die Parteigenossen „Tagewacht“, „Grützlauer“, „Vorwärts“ nebst mehreren Fachzeitschriften sind do selbst jederzeit aufgelegt.

NB. Die verehrl. Redaktionen aller deutschen Partei- und Gewerkschaftsorgane werden hiermit höflichst um Abdruck des Vorstehenden gebeten.

Briefkasten.

der Redaktion. J. A. Sch. in A.: Sie können unserer Meinung nach der Auflage mit Ruhe entgegensehen. — J. Sch. in Wda.: Da die hiesigen Gelege andere sind, so können wir Ihre Frage nicht beantworten.
der Expedition. F. E. Fischer Wlavl i. B.: Die beiden Annoncen kosten 3 Rt., ersuchen den Rest in Briefmarken einzusenden.

Unterstützungsfonds.

Von A. Besigheim 1,75.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend, den 22. September, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokale, Mittelstraße Nr. 11: [0,60]

Oeffentliche Versammlung.

L.-D.: Vortrag. Der Vorstand.

Hier könnte ein solider Barbier, wenn möglich gewandt im Zähne-Ausnehmen sich gute Stellung erwerben, derselbe darf aber weder Dummheit noch Sozialisten-Berlirger sein. Reflektirende wollen sich persönlich oder brieflich wenden an
(§ 220) [1,50]
F. E. Fischer, Wlavl i. B.

Ein Schriftfeger, welcher bei einer sozialistischen Stichwahl thätigkeits mitwirkte und infolge dessen gemahregelt wurde, sucht Stellung, wenn möglich bei einer Genossenschaftsdruckerei. Offerten sind zu richten an die Stichexpedition der „Sozial. Freien Presse“, Hermann Scharfshmidt, Wlavl i. B. [1,50] (§ 220)

Zur Beachtung!

Da die Assoziations-Buchdruckerei Berlin uns nur 5000 Stück „Arme Konrad“ zu liefern im Stande zu sein erklärte, so müssen wir alle Filial-Expeditionen und Colporteur u. c., welche größeren Bedarf an Kalender haben, ersuchen, ihre Bestellungen in Berlin aufzugeben, da wir kaum im Stande sind alle schon bei uns eingegangenen kleineren Aufträge auszuführen.

Leipzig, 18. September 1879.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Da die nationalliberale Partei mit aller Macht an dem Zustandekommen eines Compromisses mit der Regierung bezüglich des Ausnahmegesetzes arbeitet, fordern wir hiermit alle Gesinnungsgenossen und Interessenten auf, ihre

Bestellungen an Schriften

schleunigst aufzugeben. Effektuirung findet nur gegen Einsendung des Betrages oder gegen Nachnahme statt.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Gäßler in Leipzig.
Redaktion und Expedition: Harberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei in Leipzig.
Hierzu eine Beilage.

Beilage des „Vorwärts“.

Freitag, 20. September 1878.

Aus der Schweiz.

Zürich, den 9. September.

Nach inneren untrüglichen Anzeichen zu schließen, scheint diese Epistel ziemlich lang zu werden und will ich daher gleich zu Anfang den Leser um Entschuldigung bitten, um zu verhindern, daß der Schreiber mindestens, wenn auch als langweilig, so doch nicht als unhöflich erscheint. Wir, die wir „reif“ sind für die Republik und für noch vieles Andere, sehen nämlich die Welt naturgemäß durch eine andere Brille an, als die für sothane Herrlichkeit „unreifen“, d. h. als alle diejenigen, welche da draußen im Reiche Barbarossa's die deutsche Junge radebrechen, und wer uns außer beim Schützen- oder Sängerefest, oder dem rippenbrechenden „Hosenlupf“ (Schwingfest) für Idealisten hält, macht keine Rechnung auf die Republik eben ohne die Republikaner und mag sich mit dem Hopsediger Stöcker trösten, der die abgefallenen „Engel“ der Sozialdemokratie für Material zum Bau einer himmlischen Gesellschaftskirche hielt und nun mit leerem Portemonnaie die „Volkswacht“ hält an dem höllischen Abgrunde der menschlichen Unersättlichkeit und Verworfenheit. Item, wir sind gute Menschen, denen die republikanischen Gespinnstereien allmählig zu einem ziemlich dicken Zell verholzen haben; wir zahlen unsere Steuern nicht ohne, sondern mit Murren (unser Mittel erlauben uns das!), wir schimpfen auf uns're Obrigkeit, auf Bundesrath, Pfaff und Nationalrath, was manchmal eines und dasselbe ist, wir schimpfen auf die miserabelste Staatsform, welche es giebt, auf die Republik, denn wir sind Republikaner und können uns diesen Luxus erlauben — nur auf den Souverain schimpfen wir nicht von wegen unserer eigenen Majestas personalis, denn stolz ist nicht nur der Spanier, sondern auch der Deutsche und der Schweizer, besonders, wenn er von seinem geliebten Vaterlande recht weit entfernt ist.

Nach dieser Einleitung glaube ich zum ersten Gegenstande meiner Tagesordnung übergehen zu dürfen und das ist der wackere Bürger Krühl, weiland Redakteur der „Halberstädter Freien Presse“, jetzigen Aspiranten auf die „treue Vaterpflege“ der vaterländischen Gerechtigkeit. In Nr. 101 des „Vorwärts“ veröffentlicht Bürger Krühl „unter'm Strich“ eine „Büchlingsbetrachtung“: Von Zürich nach Brüssel. Es ist den Lesern dieses Blattes erinnerlich, daß Krühl, als er in Schaffhausen Arbeit gefunden, von der dortigen Polizei ausgewiesen wurde, eine Thatsache, welche von der Behörde d. stritten wird. Es wäre nicht der Mühe werth, diese Angelegenheit näher zu untersuchen, wenn es sich nur darum handelte, festzustellen, daß der Arbeiter in der heutigen Gesellschaft überhaupt gedachtet ist, wenn es sich nur darum handelte, zu beweisen, daß der Arbeiter überhaupt kein Vaterland hat, wenn er höhere Ansprüche an dasselbe stellt, als sich schänden, Steuern zahlen, das Maul halten und sich jeweilig zur Erhaltung des fremden Besitzes die patriotischen Knochen zerbrechen zu lassen. Nein, es handelt sich hier vielmehr um ein Vorkommniß, welches mit Recht von allen aufrichtigen Republikanern als so ungeheuerlich betrachtet wird, daß die „liberale“, d. h. die Bourgeoispresse geglaubt hat, dasselbe todtschweigend zu müssen. Bürger Krühl ist Sozialdemokrat und deshalb von vornherein in den Augen unserer „Gesellschaft“ keine empfehlenswerthe Erscheinung; — aus diesem Grunde hätte er sich schon etwas weniger wundern dürfen über die ihm zu Theil gewordene Behandlung, als er dies wirklich gethan hat. Bürger Krühl ist Sozialdemokrat und als solcher erfüllt von den hohen und heiligen Ideen der Befreiung der Menschheit aus politischer und materieller Knechtschaft; dies gericht ihm gewiß zu hoher Ehre. Aber Krühl sollte nicht vergessen, daß es zur Verwirklichung selbst der höchsten und edelsten Ziele der thatkräftigen und angestrengtesten Arbeit bedarf und daß es gerade der Sozialdemokratie als oberstes Gesetz gelten muß, mit dem Bewußtsein ihrer hohen Mission eine ganz verflucht praktische Thätigkeit zu verbinden, soll sie sich nicht selbst verlieren in der ihr ohnehin oft genug vorgeworfenen Träumerei und Schwärmerei. Und es wird halt in der ganzen Welt nicht nur „mit Wasser“ getauft, sondern auch gekocht. Bürger Krühl ist Sozialdemokrat und darum liebt er die Gerechtigkeit. Er muß sich also freuen, wenn nicht nur ihm, sondern auch Anderen Gerechtigkeit widerfährt.

Krühl schreibt u. A.:

„Zunächst die schweizerischen Verhältnisse. Sie sind vollständig andere geworden, als wir 1848er Demokraten und Republikaner sie von ehemals kannten. Uns erwartet, uns Arbeiter nämlich, drüben über der Grenze kein liebevolles politisch-verständnißreiches Entgegenkommen, wie den alten Demokraten von 1848. Uns erwartet keine Sympathie, die uns den Weg zu offenen Stellen und Aemtern ebnet, kein Händedruck, kein Einführen in behäbige Gärten wohlstührender Bürgerfamilien, kein Ruf und Auspruch muthiger Ausdauer und dabei bethätigter Unterthänigkeit — nichts von alledem.“

Bürger Krühl — das ist viel verlangt und viel, viel mehr, als jemals einem Demokraten von 1848 zu Theil geworden ist. Es ist aber auch viel mehr, als Jemand zu verlangen hat und es ist viel, viel mehr, als ein Sozialdemokrat verlangen kann und verlangen darf. Was will er in den „behäbigen“ Kreisen der Besitzenden, was in der „Amtsprüfung“ der heutigen Gesellschaft, wo er die Pflicht hat, diese Gesellschaft zu reformiren, nutzbar zu machen für alle seine elenden menschlichen Brüder, nicht aber für sich, den politischen Flüchtling? Bürger Krühl soll und muß wissen, daß im Schweizerlande der freie Schweizer ebenso darbt in der jetzigen durch Fügung der „von Gott eingesetzten“ Mächte herausbeschworbenen Zeit, daß der freie Schweizer ebenso der Knecht des Kapitals ist als irgendwo auf der ganzen Erdenrunde, und daß er darum nur Sympathie und Verständnis finden kann und finden wird bei Gleichgesinnten und Gleichbedrückten — und diese werden ihm, dafür bürgt der Geist der zürcherischen Sozialdemokratie, auch nicht gefehlt haben. Der politische Flüchtling hat durchaus keinen Vorzug vor jedem den Kampf um das Vaterland kämpfenden Genossen; er hat seine Pflicht und das Bewußtsein, diese Pflicht erfüllt zu haben, muß ihm jedes Leid, jede Unbill willkommen machen als den mächtigen Hebel zu neuer und immer neuer Pflichterfüllung, und sei es auf Leben und Tod. Die edelsten Menschen waren es von jeher, welche im Kampfe um den Culturfortschritt der Menschheit das eigene Ich fröhlich in die Schanze schlugen. Im Kampfe aber um die höchsten Güter des Lebens stehen und fallen zu dürfen,

das soll und muß ewig vor allen Anderen gerade das ehrgeizige Ziel des Proletariats sein.

Krühl sagt, er habe sich 14 Wochen lang in Zürich in den brüderlichsten Verhältnissen befunden; das ist gar traurig, aber es geht Tausenden und Abertausenden so. Krühl ist darauf nach Schaffhausen gekommen, hat dort Arbeit gefunden und wurde ausgewiesen. Das war ungerecht und ist augenblicklich noch Gegenstand der Untersuchung. Die Sache ist nämlich diese. Es besteht eine Vorschrift oder eine Art Gefälligkeits-Ums gegenüber Deutschland (man scheint hier selbst in maßgebenden Kreisen getheilte Meinung zu sein), monach politischen Flüchtlingen der Aufenthalt in den Grenzantonen untersagt werden kann. Wurde nun Krühl vielleicht deshalb aus Schaffhausen ausgewiesen oder nicht, das bleibt sich vorläufig gleich; aber er hätte als Sozialdemokrat wissen müssen, daß in der Bundesstadt Bern das Bundescomité des schweizerischen Arbeiterbundes seinen Sitz hat und daß dieses energig für ihn eingetreten wäre, wenn er sich nur an dasselbe gewandt hätte. Das Bundescomité erfuhr indessen erst von seinem Mißgeschick, als er schon die Schweiz wieder im Rücken hatte; es berief indessen sofort eine öffentliche Versammlung und lud zu derselben einige Nationalräthe ein, von welsch Letzteren jedoch nur einer erschien, der Dr. Joos aus Schaffhausen, ein Mann, der sich namentlich um das Zustandekommen des Fabrikgesetzes wohlverdient gemacht hat. Der Dr. Joos nun hat es übernommen, die Schaffhauser Polizeibehörde zu interpelliren und dem Arbeiterbunde Mittheilung zu machen. Bis dies geschah, enthalte auch ich mich heute jeder weiteren Bemerkung. Daß der Refraktär und Deserteur nicht in die Kategorie der auf Mithrecht Anspruch habenden politisch Verfolgten rangirt, davon hat uns der hohe Bundesrath s. Z. Kenntniß gegeben; hoffentlich wird derselbe jetzt auch definiren, wo eigentlich der politische „Verbrecher“ anfängt und wo er aufhört; jedenfalls aber mag man in Deutschland Notiz davon nehmen, daß es unter keinen Umständen zugelassen werden würde, politische Flüchtlinge à la Krühl wider ihren Willen aus unserer Mitte zu reißen. So weit sind wir denn doch noch nicht und das schweizerische Volk ist in seinem Kern doch noch freiheitsliebend und redlich genug, um dafür zu sorgen, daß ihm nicht über Nacht Ausnahmegefesse aus dem Boden wachsen, mit Hilfe deren man seine Freiheit „untergraben“ will. Und die Organe des Arbeiterbundes und der Grüttvereine, „Tagewacht“, „Précursur“ und „Grüttler“, stehen wohl auf der Wacht und haben die Augen offen für jeden Versuch der „Gesellschaft“, sich des Volkes zu „erbarmen“, daß es in seiner Freiheit nicht umkomme. Außerdem hat der Fall Krühl Veranlassung gegeben, die Gründung einer selbstständigen Commission zu betreiben, welcher die Aufgabe zufallen würde, politischen „Verbrechern“ mit Rath und That zur Seite zu stehen, denen von den hiesigen deutschen Hilfsvereinen, welche von den deutschen Regierungen subventionirt worden und unter der Herrschaft des General von Rödler und des samosen Consul Blind stehen, haben nur „Reichsfreunde“ und Bagabunden, aber keine Sozialdemokraten etwas zu erwarten.

Und nun noch Einiges für die geehrten Leser, welche lange Artikel von unten auf zu lesen pflegen. Gegen den Bundesbeschluss, die Gotthardsubvention von 6½ Millionen Franken zu bewilligen, wird das Referendum ergriffen werden, und man kann gar nicht wissen, wie der Volksentscheid schließlich doch ausfällt, trotzdem die „liberale“ Presse durchweg zu Gunsten der armen Gründer die Gnade des geprellten Volkes anbietet. Aber das Volk hat mit dem „Liberalismus“ auch hier merkwürdig theure Erfahrungen gemacht und dessen Haupteigenschaften — Dummheit und Gefräßigkeit — sind zu klar zu Tage getreten, als daß man nicht Hoffnung gegen dürfte auf eine nicht allzuferne Stunde, wo einmal die „Herrschaft der Gesellschaft“ wechelt, d. h. wo die Weltgeschichte anfängt, auch für den „armen Teufel“ interessant zu werden.

Die sozialistischen Zeitungen aus Deutschland treffen hier ganz unregelmäßig ein, namentlich „Vorwärts“ und „Berliner Freie Presse“ sehr oft gar nicht. Unter Kreuzband die Blätter zu beziehen, ist fast unmöglich, und bei der Post kommt man aus dem Klammern nicht heraus. Wenn ich nun auch annehmen muß, daß sothane Gistpflanzen nicht ex officio beseitigt werden, vielmehr der Ansicht bin, dieselben werden von dem Postpersonal vorweg gehossen, so sehe ich mich doch zu der Bitte veranlaßt: die uniformirten Menschenbrüder wollen doch so gut sein und die Blätter nach gescheneher und gerne gestatteter Letztäre wieder weiter speidiren, wenigstens so lange, als es noch geht. Man meint hier nämlich, es werde bald Pech und Schwefel in Deutschland vom Himmel regnen und das ganze sozialistische Unkraut mit Stumpf und Stiel vernichten. Immerzu; vielleicht kommt's auch nur halb so arg; sollen doch s. Z. selbst bei der Sündflut ganz „anständige“ Menschen miterlitten sein. Nur immer kalt Blut, Du Volk „von Teut“ — vorwärts mit Stolz und Muth auf der dornigen Kampfbahn — die Welt sieht auf Dich — Dir ward die Ehre, die Hoffnung des Proletariats der ganzen Welt zu werden. Hüß Dir selbst, denn Deine „Scheidten“ (Impostores docti) sind mit ihrem Latein zu Ende. Vorwärts, und wenn Menschen schweigen, werden Steine reden.

Nachschrift: Soeben lese ich, daß Bürger Krühl seinen Käfig bezogen hat. Es thut mir in der Seele weh, daß er jetzt auf lange Zeit — den „Vorwärts“ nicht mehr lesen kann.

Erklärung.

Die Thatsache, daß der Vertreter des Fürstenthums Reuß älterer Linie im Bundesrathe sich der Abstimmung über den „Gesekentwurf“ gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ enthalten hat, giebt der nationalliberalen Presse Anlaß, das alte Märchen vom „Bündniß der Sozialdemokraten und der Partikularisten“ in Reuß ä. V. wieder aufzuwärmen. Die „Magdeburgische Zeitung“ geht sogar so weit, zu behaupten, der Vertreter der reußischen Regierung habe „es mit den Sozialdemokraten nicht verderben wollen, auf deren Stimmen man wahrscheinlich für die Landtagswahl spekulirt“. Und schließlich wird auf eine im Jahre 1876 stattgehabte Versammlung hingewiesen, in welcher ein conservativer reußischer Assessor sich „zu Gunsten der Sozialdemokratie“ ausgesprochen haben soll.

Es ist an der Zeit, diesen Schwärmereien, denen auch Herr Bamberger in seiner Broschüre „Deutschland und der Sozialismus“ theilweise Raum gegeben hat, einmal entgegenzutreten.

Allerdings trat in einer Versammlung zu Greiz im Herbst 1876 ein reußischer Assessor auf, welcher sich scharf gegen den Liberalismus aussprach und einige Punkte des Programms der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands für annehmbar erklärte. Das Organ der reußischen Conservativen („Reuß. Jg.“ vom 12. September) erklärt indessen, daß dieser Assessor „einer conservativen oder partikularistischen Partei nicht angehört, auch in jener Versammlung nicht im Auftrag oder Interesse einer dieser Parteien gesprochen hat“. Das Blatt hat offenbar Recht, denn bei der Reichstagswahl vom 10. Januar 1877, bei welcher der Unterzeichnete im ersten Wahlgange zum Abgeordneten für Reuß ä. V. gewählt wurde, candidirte außer einem Nationalliberalen auch ein Conservativer oder Partikularist, ein Beamter der reußischen Regierung, gegen die Sozialdemokratie. Soweit das „Bündniß“ von damals.

Nach der Auflösung des Reichstags vereinigten sich in Reuß älterer Linie sämtliche Parteien gegen die Sozialdemokratie. Das nationalliberal-fortschrittliche Wahlcomité, dessen Partei auch in Hirsch'schen Gewerksvereinen „macht“, empfahl den Candidaten der Partikularisten, welcher zufällig ein naher Verwandter des Vertreters von Reuß ä. V. im Bundesrathe ist. Liberalismus und Partikularismus verschmolzen sich und traten gemeinsam für einen ausgesprochenen Partikularisten ein, welcher Seelenverwandtschaft auch die Sozialdemokratie unterlag. Hier von einem „Bündniß zwischen Sozialdemokraten und Partikularisten“ zu reden, das kann nur die Wahrheitsliebe der „Magdeburgischen Zeitung“ und der ihr verwandten Sinne fertig bringen.

Wenn aber die „Magdeburgische Zeitung“ vollends sagt, die Stimmenthaltung im Bundesrathe „scheine“ deshalb geschehen zu sein, „um es nicht mit der Sozialdemokratie zu verderben“, so sei einfach daran erinnert, wie sich die reußischen Behörden gegen den Unterzeichneten verhielten, als er zu der Wahl am 30. Juli d. J. wiederum candidirte.

Es wurde ihm vom Reuß. Landrathsamt untersagt, in Versammlungen auszusprechen, daß 300 Millionen neuer Steuern in der Luft lägen. Als er seinen Wählern Bericht erstattete und meinte, seiner Ansicht nach sei der Antrag auf Auflösung des Reichstags nicht wegen der Sozialdemokratie, sondern wegen der Differenzen in den Steuerfragen gestellt worden, drohte ihm der überwachende Beamte mit Entziehung des Wortes. Das Gleiche geschah, als im Laufe der Rede einmal „Regierung“ statt „Landrathsamt“ gesagt wurde. Und als in einer Versammlung in Heulenroda ein Gegner auftrat und an den Unterzeichneten die Frage stellte, „ob er treu zu Kaiser und Reich stehe“, trat der überwachende Beamte an den Vorsitzenden heran und sagte: „Wenn diese Frage nicht beantwortet wird, muß die Versammlung geschlossen werden.“ Diese Maßregeln wurden von der „liberalen“ Presse eifrig gelobt und die Polizei aufgefordert, damit fortzuführen.

Wenn also das Verhalten des Vertreters von Reuß ä. V. im Bundesrathe der liberalen Presse zu der Beforgniß Anlaß giebt, „man“ wolle es mit der Sozialdemokratie „nicht verderben“, so dürfte diese Beforgniß unbegründet sein.

Der Unterzeichnete kennt die reußische Sozialdemokratie zu gut, als daß er nicht mit gutem Gewissen die Verdächtigung zurückweisen könnte, die Sozialdemokratie wolle sich bei den bevorstehenden Landtagswahlen zu einem „Bündniß mit dem Partikularismus“ gebrauchen lassen. So „leichten Herzens“ wie die liberal-fortschrittlichen „Mannesseelen“ schiebt die Sozialdemokratie keine „Bündnisse“ mit ihren entschiedensten Gegnern. Hamburg, den 12. September 1878.

Wilhelm Bloß.

Correspondenzen.

Paris, 9. Sept. (Der sozialistische Arbeitercongr.)

Die Internationalität in der französischen Bourgeois-Republik, mit welcher die republikanische Presse zu colettiren scheint, geht ebenfalls nicht über die Grenzen des Geldsacks hinaus. Im Gegentheil, je mehr sie sich Nähe giebt, die zugereisten Ausstellungenbesucher zu überzeugen, welche große Fortschritte die Republik in der kurzen Zeit ihres Bestehens gemacht hat, in desto schärferem Gegensatz ihrer Scheinheiligkeit zeigen sich die Thatsachen. Paris zog diesen Sommer die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich. Es eröffnete eine Weltausstellung, wie sie die Welt bis jetzt noch nicht gesehen hatte, die Pracht derselben spottet jeder Beschreibung. In derselben Zeit, wo die preussische Regierung Revolvergesetze gegen die Sozialdemokratie schmiedete, befaßte sich die Republik mit internationalen Congressen über Kunst, Wissenschaft, Musik etc. Patriotische Nationalisten-Karnevals fehlten dabei auch nicht. Die Presse benutzte jede günstige Gelegenheit, den Fremden die Glückseligkeit der Republik vorzudemonstriren, Alles scheint in Harmonie Hand in Hand zu gehen; Franzose, Engländer, Italiener, Spanier, Russe und Türke sind hierin einig. Die Aufmerksamkeit Aller concentrirt sich auf einen Punkt: den Glanz und die Pracht der berühmten Weltstadt Paris. Sie Alle merken aber dabei nicht, wie faul und zerfressen das Fundament ist, auf welchem diese Lustparadiese gebaut sind — ein starker Wind, und dieselben sinken in Trümmer. — Deunacht acht Jahre sind verflossen, seitdem die Bourgeoisie die Arbeiter in ihrem Blut erstickte; eine Reaktionsperiode folgte hierauf, wie sie die französische Geschichte zur Zeit des Kaiserreichs nicht aufzuweisen hat — fünf Jahre Belagerungszustand, Unterdrückung der Presse, Verbot jeder Vereinigung. Jeder, der es wagte, ein Wort zur Vertheidigung der Commune auszusprechen, war mit Deportation und Zwangsarbeit bedroht. So eine Reaktionszeit mußte nach der Berechnung der Philister die größte Demoralisation, Indifferentismus und Apathie im arbeitenden Volke hervorrufen. Und doch ist der Hovel verfehlt. Die glimmenden Funken in der Asche verbreiten sich allmählich unter der Oberfläche, bis endlich ein vulkanischer Ausbruch entweicht. Die französischen Arbeiter haben in Lyon auf ihrem Congresse genügende Zeugnisse abgelegt von ihrer Befähigung, ihre Masseninteressen selbst zu vertreten. Die Gründung der „Egalité“, sowie die Einberufung des Internationalen Sozialisten-Congresses beweisen klar und deutlich, daß die sozialistischen Ideen durch rohe Gewalt nicht zu beseitigen sind. Die Großphalerei der reaktionären Presse, daß der nationale Reichthum in Frankreich gehoben sei, wird ebenfalls durch die Thatsachen Lügen gestraft. Diese Massenstreiks, welche in der letzten Zeit in ganz Frank-

*) Von einem Franzosen. S. d. S.

reich stattfanden, beweisen, wie großes Elend im arbeitenden Volk herrscht. Es ist also kein Wunder, wenn wir auf der Liste des Internationalen Sozialisten-Congresses Namen finden, welche noch vor kurzer Zeit mit dem Sozialismus sehr wenig vertraut waren. Positivisten, Schulgelehrte, Indifferenten, vereinzelt dastehende Arbeiter gruppieren sich und sandten ihre Delegationen auf den Congreß, welcher von der sozialistischen Partei einberufen worden war. Und was war der Zweck des Congresses? Was wollten die Arbeiter? Ueber ihr ökonomisches Elend sich ausprechen, um über die zur Abhilfe nötigen Mittel sich klar zu machen. Weil aber die Emanzipation der arbeitenden Klasse mit der Emanzipation der ganzen Menschheit identisch ist, so mußte der Congreß einen internationalen Charakter annehmen. In Anbetracht dessen, daß Duzende von internationalen Congressen diesen Sommer stattgefunden haben, und daß sogar den schwarzen Internationalen, welche, um die Republik zu untergraben, alles Mögliche aufboten, ihre Versammlungen und Walfahrten gestattet, ja sogar in Schutz genommen waren, glaubten die Arbeiter mit vollem Rechte auch ihren Internationalen Congreß abhalten zu dürfen. Aber nein, hier ist eben die Grenze, wo der Selbstschaden seine Macht über das Recht geltend macht. Eine freie Diskussion der Arbeiter über ihre traurige Lage und wie diese zu beseitigen sei, konnte auf das Elend der Parasiten ein schlechtes Licht werfen, ja dasselbe sogar bedrohen. Deshalb wurde die öffentliche Abhaltung eines solchen Congresses verboten. Es blieb aber den Arbeitern auch so noch ein durchaus legaler Weg übrig, nämlich die Abhaltung des Congresses in einer Privatversammlung. Auch das wurde von der Polizei verhindert. Die Polizei verübte einen Hausbruch, arrestierte die Einberufer und präsidirte an ihrer Stelle im leeren Lokal. Zur Charakteristik der ungesetzlichen Handlungsweise der Polizei lege ich hier einige Auszüge aus dem „Rappel“, der „Marxistische“ und „Lanterne“, sowie die Proteste der Delegierten bei.

Parteigenosse Karl Hirsch ist den 6. September um 5 Uhr Morgens in seiner Wohnung verhaftet, alle Zimmer durchsucht und eine ganze Kasse Papiere, Briefe, Zeitungen, Broschüren, sogar ein Album seines Schwagers, in welchem einige Photographien von „staatsgefährlichen“ Männern sich befanden, wurde eingepackt und mitgenommen. Man vermuthet, daß seine Verhaftung auf das Ersuchen des deutschen Gesandten erfolgte, denn mit der Einberufung des Congresses hat er nicht im mindesten zu thun gehabt. Gestern hat eine Deputirtenversammlung bei Louis Blanc stattgefunden, welche bezweckt, die Angelegenheit vor den gesetzgebenden Körper zu bringen.

Mit sozialdemokratischem Gruß G. S.
Brüssel, 30. August. (Eine silberne Hochzeit.) Auch bei uns ahmte man Ihre Wilhelmsspende nach, indem im ganzen Lande zur Feier der silbernen Hochzeit unseres Königs paares in jedem Haus und jeder Familie gesammelt wurde. Diese unsere Sammlungen möchte man einfach Erpressungen nennen, denn unter allerhand Vorwänden mußten die Arbeiter zahlen. In manchen Fabriken sogar doppelt, für Mann und Frau. Jedoch bei der Ablieferung behielten die Fabrikanten einfach den Theil der Frau für sich zur Deckung der Illuminationskosten der Fabrik am silbernen Hochzeitstage. Wenn die hohen Herrschaften solches oftmals wählten, sie würden sich sicher bedanken für solches Blutgeld. Die Krone, welche man der Königin dafür schenkte, durften sich die Arbeiter für 10 Centimes vorher auch noch einmal ansehen. Die Festivitäten will ich nicht weiter beschreiben, sie sind genau so wie in Deutschland bei ähnlichen Angelegenheiten ausgefallen. Am „Volk“ hat es auch hier nicht gefehlt.

Gera, 20. August. (Allgemeiner Bericht.) Die erste Wählerversammlung fand am 6. Juli in Gera im „Bellevue“ statt. Die Tagesordnung lautete: „Die bevorstehende Reichstagswahl“. Referent: Redakteur H. Lange aus Grimmitzschau. Trophäen sämmtliche Fabrikanten Tages zuvor Plakate in den Fabrikräumen und Werkstätten anschlagen ließen, welche besagten, daß diejenigen Arbeiter, welche fernere Beziehungen zur sozialdemokratischen Partei unterhalten, deren Versammlungen besuchen und deren Presse unterstützen, sofort entlassen werden, waren circa 1000 Personen erschienen. In dem 1½ stündigen Vortrage führte Lange die Stellungen der Conservativen, Liberalen und Fortschrittler zu den wahrhaft freisinnigen Elementen aus. Stürmisches Bravo lohnte den Redner, und wurde derselbe als Candidat der sozialdemokratischen Partei von Reuß j. L. einstimmig proklamirt. — Die zweite Versammlung fand am 13. Juli in Hofen statt. In derselben konnte Genosse Lange nicht anwesend sein und so übernahm das Referat Genosse Brätter von Gera. B. referirte in gebieterischer Weise und empfahl den Versammelten, am 30. Juli für den Redakteur Hermann Lange aus Grimmitzschau einzustehen. — Denselben Tag war eine Versammlung in Hirschberg anberaumt, über deren Verlauf wir bereits berichtet haben. Tags darauf, Sonntag, den 14. Juli, war eine Versammlung in Schleiz einberufen, welche in derselben Weise verlief, wie in Hirschberg. Jäger jagte sofort nach dem Telegraphenamt und ließ nach Schleiz telegraphiren: „Gestern in Hirschberg sozialdemokratische Wählerversammlung in nationalliberaler Umwandlung. Lange nicht zum Worte gekommen. Versammlung mit einem Hoch auf den Kaiser geschlossen. Dr. Jäger.“ Der Vorkührende, ein gewisser Brohmmann, der Ordnungspartei angehörend, ein Freund von dem Schwindler Kiene, welcher sich für Dr. Kiene ausgegeben und voriges Jahr wegen Schwindel und Urkundenfälschung vom Schwurgericht zu zweijähriger Gefängnisstrafe verurtheilt wurde, forderte auf, die „Wacht am Rhein“ zu singen. Nun ging die Kassenmusik los. Dann schloß er die Versammlung mit dem Bemerkten, über das Programm des Dr. Jäger brauche nicht diskutiert zu werden. Da hatte der Mann vollständig Recht, denn Dr. Jäger versprach, Jedem ein Huhn im Topf zukommen zu lassen. Da braucht man das Programm wirklich nicht zu diskutieren, da ist ein Jeder einverstanden. Ein Huhn für die Arbeiter, das ist prächtig, mehr können diese Leute nicht verlangen. — Verschiedenen Deuten in Schleiz und Umgegend, die als Sozialisten verdächtig erschienen, wurde das Geld, welches sie auf ihre Häuser und Grundstücke von Kapitalisten geborgt, gekündigt. — Eine andere Versammlung fand am Sonnabend, den 20. Juli, in Dorna statt, welche zahlreich besucht war, und sprachen sich die Wähler im Sinne des sozialistischen Candidaten, nach Schluß der Rede, welche ein Herr Genosse hielt, aus. — Sonntag, den 21. Juli, waren 2 Versammlungen einberufen, eine in Langenwehendorf, die andere in Hohenleuben. Die Langenwehendorfer Versammlung wurde uns zu nichte gemacht. Der dortige Bürgermeister verlangte die Versammlung zu eröffnen. Genosse Lange hatte den Zug versäumt und konnte deshalb nicht zur rechten Zeit erscheinen. Er kam eine Viertelstunde zu spät. Das Publikum war aber noch versammelt als Lange erschien und so konnte er sich wenigstens noch vorstellen und einige persönliche Fragen beantworten. Abends fand die Versammlung in Hohenleuben statt, welche am 21. Juli 6 Uhr 15 Minuten war und sprachen sich fast alle Anwesenden über die soziale Lage sein Referat betrubel, der selbigen zu p...

auch bewahrheitete, da wir in Hohenleuben die Majorität erhielten. — Tags darauf sprach Lange in Frankenthal, welche Versammlung gleichfalls zahlreich besucht war, und sprachen sich fast alle Anwesenden im Sinne des Referenten aus. — Sonntag, den 28. Juli, Nachmittags, fand eine Versammlung in Harperdors statt. Dieselbe verlief in würdiger Weise. Abends sollte eine Versammlung in Rößritz stattfinden, welche uns aber der Bürgermeister verbot, weil er keine vorherige Anzeige bekommen hatte. Die Anzeige bekam seine Haushälterin, welche er aber nicht anerkannte. Sollte uns das wieder vorkommen, daß der Herr Bürgermeister nicht zu Hause ist, so werden wir ihn suchen und wenn er auch zum Vogelsticken nach Gera verzeilt ist. Genosse Lange machte es wieder so wie in Langenwehendorf; er unterließ sich persönlich mit den erschienenen Wählern. — Die letzte Versammlung in Gera fand Sonnabend, den 27. Juli, im Kaiseraal statt, zu welcher ungefähr 1500 Personen erschienen waren. Zu dieser Versammlung waren brieflich eingeladen die Herren Rechtsanwält Tröger, der frühere Reichstagsabgeordnete für Reuß j. L., und sein Adjutant Wartenburg. Beide entschuldigten sich, der erstere mußte in seinen anderen Wahlkreis, wo er noch aufgestellt war, der andere war müde, er hat sich so angestrengt bei den Agitationen. Ausreden haben die Herren immer. Die Versammlung verlief in würdiger Weise und erntete Lange stürmischen Beifall nach Schluß seines Referats. — Die Wahl rückte nun immer näher und wir waren gespannt, wer wohl als Sieger aus der Urne hervorgehen wird. Der 30. Juli kam, es wurde gestimmt. — Das Resultat war für Gera folgendes: Von über 5000 Wahlberechtigten wählten nur 3639, davon erhielt unser Candidat Lange 1124, Tröger (fortsch.) 1316, Jäger (nationall.) 1199 St. Wir erhielten also 1878 circa 200 Stimmen mehr als 1877, und die Fortschrittler über 200 St. weniger. Im ganzen Wahlzirkel erhielt Lange 1894, Tröger 3520, Jäger 6784 Stimmen. Die Fortschrittspartei hat diesmal 2000 Stimmen im Wahlkreis verloren. Also ein beträchtlicher Rückgang der Fortschrittspartei und ein Vormarsch der Sozialdemokratie. — Haltet fest an der gerechten Sache! — Hoch die Sozialdemokratie!

Königsbrück, 5. Septbr. Der Wahlkreis des Herrn Generalstaatsanwält Dr. v. Schwarze (Dresden-Reußstadt) scheint doch für die sogenannte Ordnungspartei gewaltig wadellig geworden zu sein, da der Herr Ritter v. Schwarze sich jetzt selbst durch persönliche Agitation gewaltige Nähe giebt, um bei der nächsten Wahl wieder durchzukommen. So hatten auch die hiesigen Einwohner die Ehre, den Herrn Generalstaatsanwält gestern Abend im Rathhauseaal persönlich zu sehen und sprechen zu hören. Die ganze Hautenölz der Umgegend war zusammengelaufen, auch einige hiesige Genossen waren erschienen, um die Redekünste dieses „Vollvertreter“ zu bewundern. Wenn man auch nichts Besonderes erwartet hatte, so wurde man doch in seinen geringen Erwartungen sogar noch getäuscht. Zur Hauptaufgabe hatte der Redner sich die Bekämpfung der Sozialisten gemacht und leistete in Verdringung unserer Prinzipien das Möglichste; wir hatten doch wenigstens erwartet, daß der hochgelahrte Generalstaatsanwält über die alten Märschen vom Theilen, blutigen Revolutionen u. dergleichen hinaus wäre. Besonders bestritt er die Thatsache, daß der Arbeiter durch indirekte Steuern am härtesten betroffen werde. In Betreff des Ausnahmegesetzes erklärte er, daß man ja nicht glauben sollte, dasselbe wolle den bürgerlichen Freiheiten an den Kragen, es sei nur gegen die Ausschreitungen der bösen Sozialdemokraten in der Presse und in Versammlungen gerichtet. Um die Hauptsache, ob er für oder gegen das Gesetz stimmen wolle, ging er sehr vorföhig herum. Durch seine Rederei hat der Herr von Schwarze sich in Königsbrück nicht gerade mehr Freunde erworben; die nächste Reichstagswahl wird das beweisen. C. F.

Frankfurt a. M., 8. September. Nur noch wenige Tage sind es bis zum Wiederzusammentritt des neugewählten deutschen Reichstages. Die wichtigste und in erster Linie stehende Vorlage an den Reichstag ist das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokraten. Von vielen Abgeordneten weiß man schon im Voraus, daß sie unter allen Umständen gegen das Ausnahmegesetz stimmen. Für diese gilt mein Ausruf nicht. Er gilt auch nicht für diejenigen, von denen man schon im Voraus weiß, daß sie unbedingt für das Ausnahmegesetz stimmen. Er ist lediglich an diejenigen gerichtet, die da im Zweifel sind, was sie thun sollen. Euch Ihr Zweifler, Euch rufe ich zu, laßt Euch durch keine Lobhudelei und keine schönen Reden, durch keine Verdächtigungen und keine Verleumdungen, durch keine Diners und durch keine Soupers, überhaupt durch gar nichts bewegen, um für das Ausnahmegesetz zu stimmen. Bedenkt was Ihr dem deutschen Volk schuldete. Knechtschaft oder Freiheit! Ich sage Stimm Ihr gegen das Ausnahmegesetz, so bleibt Euch der Dank Eures Volkes, Eurer Mitbürger, ja eines jeden freien Menschen. Seid Ihr für das Ausnahmegesetz, so ruft Ihr Jammer und Elend, Knechtschaft und Sklaverei, möglicherweise sogar einen Verzweiflungsakt hervor. Die Schuld davon fällt dann auf Euch. Wenn man viele Hunderttausende seiner Mitmenschen außer dem Gesetze stellt, sie in Acht und Bann erklärt, für sie das Luthhaus zur Aufnahme bereit macht, dann darf man sich auch nicht wundern, wenn diese Gedächten nach der bestehenden Ordnung nichts mehr fragen. Wenn man Tausende und abermals Tausende von fleißigen, treuen und braven Bürgern in einem Staate, wie es jetzt in Deutschland geschehen soll, ihrem Mitbürger gegenüber zurücksetzt, ihnen den letzten Rest von Freiheit raubt, dann bringt man sie zur Verzweiflung, und wohin die Verzweiflung ein Volk treiben kann, davon geben viele Blätter der Weltgeschichte ein eindringliches Zeugnis. Und was haben denn diejenigen verschuldet, gegen die man jetzt diese Ausnahmegeetze plant? Nichts! Gar nichts! Ihr ganzes Verbrechen besteht in ihrer politischen Meinung. Man hat sie in der Armee, es sind die besten Soldaten; man hat sie bei den Beamten, es sind die treuesten Staatsbediener; man findet sie mehr oder weniger in allen Klassen der deutschen Bevölkerung, es sind die besten Söhne des Vaterlandes. Man wollte ihnen die Schäfte „Unter den Linden“ aufbürden, aber es ging nicht. Alles, was bei dem Beschei von der Rörderbanke und bei all dem im ersten Moment nach den Attentaten künstlich erzeugten Hass gegen die Sozialdemokratie herauskam, war ein klägliches Fiasko für diejenigen, welche das alles gegen die Sozialdemokraten in Scene gesetzt haben. Man nennt die sozialdemokratische Partei eine Umsturzpartei. Aber wir fragen: Was will denn zum Kufel die Sozialdemokratie umstürzen? Nichts will sie umstürzen! Gar nichts! Auf gesetzlichem Wege will sie ihre Ziele, und wird dieselben auch erreichen. Also lediglich wegen ihrer Ziele? Die Ziele aber sind die Freiheit und Gleichheit des Menschthums — edle, sittliche Ziele. Ober gar des gesetzlichen Weges halber? Will man die Sozialdemokratie auf halbe Wege drängen, um sie vom Ziele fern zu halten? Wenn Ihr nicht wollt, Ihr schwankenden Volksvertreter, daß man diese Frage mit Ja beantworten soll, so stimmt mit Nein! R. R.

Aus dem Wahlkreis Sen. Das war ein Wahlkampf, wie ihn unser Kreis noch nicht erlebt hat! Nach den Anstrengungen, welche die „Kanonenpartei“ resp. Wilsmaachspartei für ihren Candidaten Krupp gemacht, war es nicht anders zu erwarten, daß dieser so viele Stimmen auf sich vereinigte. Trotzdem nun der Candidat der Christlich-Sozialen und Ultramontanen den Sieg davongetragen, werden letztere, wie ich in Erfahrung gebracht, die Wahlbeeinflussungen, welche in keinem Wahlkreise schlimmer gewesen sein können, in dem Reichstage zur Sprache bringen lassen. Was unsere Partei speciell betrifft, gestehen wir es offen, so war dieselbe schlecht organisiert, es konnten nicht einmal die Wahllokale in der Stadt, geschweige die auf dem Lande besetzt werden. Der Grund ist der, daß die tüchtigsten und thätigsten Genossen gemahregelt und ausgewandert sind, andererseits, daß viele Genossen, ihrer abhängigen Stellung wegen, sich nicht an der öffentlichen Agitation beteiligen konnten. Wir hatten zuerst vor, gar keinen Candidaten aufzustellen, aber noch in letzter Stunde entschlossen wir uns, Hasselmann aufzustellen, um eventuell ausschlaggebende Partei bei der Stichwahl zu sein. Die Sache gestaltete sich aber anders, denn Stödel (Christl.-Soz.) siegte im ersten Wahlgange. Wir hatten ein Wahlflugblatt herausgegeben, jedoch gelangte dies nicht im ganzen Wahlkreise zur Vertheilung; daher wählten die auswärtigen Genossen Stödel! Aber verhehlen wir uns auch nicht, daß es nicht wenige Genossen gab, welche des lieben Brodes halber für Krupp gestimmt haben (hauptsächlich in Altdorf); ebenso enthielten sich auch viele der Abstimmung. (Die Krupp'schen Stimmzettel waren fast in jedem Wahllokale andere in Format und Papier, dazu kam eine unverschämte Controle von Seiten der Beamten und Reister. Die Beamten und Steiger von drei Bezirken, welche Krupp gehören, besorgten das Gleiche.) Wenn nun die „Eisener Zeitung“ meint, die Sozialdemokratie sei in Altdorf vernichtet, so irrt sie sehr, denn sie wird in nächster Zeit wahrnehmen müssen, daß das Feld neu bestellt worden ist. Die Sozialdemokraten, Ultramontanen und Christlich-Sozialen sind, wo man Wind von ihnen bekommen hat, bei der Firma Krupp und den Bechenverwaltungen massenhaft denunciirt worden, selbst Leute sind entlassen, welche 22 Jahre auf der Krupp'schen Fabrik gearbeitet haben, und werden diese Parteien wohl nächstens, wie bereits schon geschehen, einige Leute mehr dem „Bagabundenleben“ zuführen. — Unser hiesiger Oberbürgermeister, welcher sich augenblicklich von den Strapazen des Wahlkampfes in einem Badeort erholt, äußerte sich gelegentlich vor der Wahl: „Wir werden und müssen siegen, denn es ist Alles aufgeboden worden.“ Daß letzteres geschehen, weiß hier beinahe jedes Kind in der Schule. Die „Kanonenpartei“ war so gut organisiert, daß auf 10—20 Wähler ein Vertrauensmann kam. Dennoch eine unerwartete Niederlage, und daher wird auf Nachsorge gefonnen. Diese reichstreuhen Leute können sich noch jetzt nicht über den Ausfall der Wahl zufriedener geben, und werden politisch Undersogünnte noch fortwährend insultirt; wie es im Lager dieser „Edlen“ vor der Wahl ausah, können sich die Leier leicht denken. Die sogenannten „Dallebrüder“, welche aus der Wahlagitation einen Nutzen glauben ziehen zu können, waren „recht wacker“ bei dergleichen engagirt. Die vielen Wahlbeeinflussungen, welche vorgekommen, hier alle aufzuführen, würden ein paar Nummern b. Bl. in Anspruch nehmen. Aber zwei Flegel mögen doch an den Branger gestellt werden. Im Schlicher'schen Wahllokale äußerte sich ein Polizeibeamter einem Stimmzettelschreiber von unserer Seite gegenüber: „Sie sind nicht werth, daß man Ihnen ins Gesicht spuckt; wenn ich Birth wäre, würden Sie hier nicht stehen.“ Dieser „Ehrenmann“ trat unserem Genossen auch noch auf die Füße. In der Restauration „Malapartus“, wo man das Wahleresultat zusammenzählte, war ein „Culturkümmel“ der besten Sorte, der bei Hasselmann's Stimmzählmeinte: „Dieser Lump zählt nicht mit!“ — Die „Eisener Volkszeitung“ theilt 28 Fälle der gravirendsten Art mit, welche geeignet sind, im Falle die „Kanonenpartei“ gestimmt hätte, gegen letztere Wahl zu protestiren. Das Organ der Reuher und Piloty's, die „Eisener Zeitung“, hat aber für all diese Verschuldigungen kein Wort zur Erwiderung. — Schließlich wird an alle Parteigenossen das Ersuchen gerichtet, sich thätiger wie bisher an der Agitation zu beteiligen, damit bei der nächsten Wahl die jetzt erhaltenen Wunden geheilt sind.

Langenbielau, 30. August. In unserem Wahlkreise fangen nach beendeter Wahl die hier üblichen Prozesse gegen Verfasser und Verbreiter der sozialistischen Wablaufrufe an in Fluß zu kommen, die Beteiligten sind bereits wieder sektionsweise zur verantwortlichen Vernehmung vorgeladen worden, der Herr Staatsanwält wird wieder sehr viel Arbeit bekommen, und dürfte in Folge dessen wohl die bereits seit circa einem Jahre schwebende Untersuchung gegen unseren früheren Gefangenwärter und einen hiesigen Gensdarmen wegen Mißhandlung von Gefangenen, — von deren Endresultat bis jetzt noch immer nichts verlautet, obgleich die Mißhandlungen zu beweisen waren resp. bewiesen worden sind, — noch etwas mehr auf die lange Bank kommen. Oder ist etwa die Anklage verhandelt worden und es hat nur Niemand etwas davon erfahren? Einige Klarheit über diese Sache wäre wirklich recht sehr am Platze. Manche Leute meinen zwar, der Herr Staatsanwält habe diese ganze Untersuchung gar einschlafen lassen, doch wir sind weit entfernt davon, diese Meinung zu theilen, denn wir würden uns zweifelsohne dadurch eine Anklage wegen Beleidigung zuziehen, auf deren Erledigung wir gewiß kein Jahr zu warten brauchen; andererseits aber haben wir von der Unparteilichkeit und Gerechtigkeitsthebe des Herrn Staatsanwalts eine so hohe Meinung, daß wir glauben, er wird mit derselben Gewissenhaftigkeit seines Amtes warten, gleichviel ob es sich um Gefangenwärter und Gensdarm — oder um Wablaufrufe verbreitende Sozialisten handelt. Also abwarten!

Durch die Expedition des „Vorwärts“ ist zu beziehen:

Glossen
zu
Yves Guyot's und Sigismund Lacroy's Schrift:
Die wahre Gestalt des Christenthums.
Recht einem Anhang:
Hebet die gegenwärtige und künftige Stellung der Frau.
Von August Bebel.
Preis 25 Pf.
Die Verbreitung, welche die ausgezeichnete Schrift von Guyot und Lacroy (Verlag der Volksbuchhandlung in Jülich) gefunden, wie die Aufmerksamkeit, welche neuerdings wieder insofern der demagogischen Agitationen christlicher Prediger unter der Arbeiterwelt das wahre Wesen des Christenthums erwecken muß, veranlassen den Verfasser diese Arbeit jetzt herauszugeben. Der Inhalt, in enger Verbindung zu der in der erwähnten Schrift erörterten Frage stehend, berührt ein Thema, das in den letzten Jahren von den verschiedensten Seiten in Behandlung genommen ist. Der Verfasser wird übrigens noch im Laufe dieses Jahres eine Arbeit veröffentlichen, die umfangreicher und gründlicher, als es in der vorliegenden geschieht, ihre Aufgabe zu lösen suchen wird.